

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 2. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Sozialdemokratie und die Arbeitslosenversicherung.

Die Sozialdemokratie hat sich wiederholt so klar für die Durchführung der Arbeitslosenversicherung erklärt, daß eigentlich kein Gegner es wagen sollte, ihr in dieser Beziehung Wortwürfe zu machen. Der sozialdemokratische Parteitag in München im Jahre 1902 hat ausdrücklich die „Einführung der Arbeitslosenversicherung“ gefordert. Ebenso heißt es in der Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses zu Amsterdam im Jahre 1904 über Sozialpolitik und Arbeiterversicherung: „Die Arbeiter aller Länder haben daher Einrichtungen zu fordern, durch welche Krankheit, Unfälle und Invalidität möglichst verhindert werden und durch obligatorische Versicherungsgesetze ihnen ein Rechtsanspruch auf ausreichende Mittel zum Lebensunterhalt und zur ärztlichen Hilfe gewährt wird, wenn sie durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Schwangerschaft, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit gehindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten.“

Trotzdem hat es Dr. W. Wagner in einem Bericht, den er in dem „Reformblatt für Arbeiterversicherung“ über „Neues zur Arbeitslosenversicherung“ soeben veröffentlicht hat, für angebracht gehalten, die Sozialdemokratie dafür verantwortlich zu machen, daß die bürgerliche Sozialpolitik in Sachen der Arbeitslosenversicherung nicht aus noch ein weiß. Die steigende Arbeitslosigkeit habe, so führt Herr Dr. Wagner in seinem Bericht aus, bewirkt, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung oder der Arbeitslosenfürsorge in allen beteiligten Kreisen eifrig besprochen werde. Fast alle größeren Städte haben sich mit dieser Frage beschäftigt. Zum großen Teil haben die Debatten in den städtischen Körperschaften gerade über diese Frage zu sehr erregten Kämpfen geführt. „Es hat sich hier wieder einmal gezeigt, daß auch die Frage einer Arbeitslosenversicherung allzusehr vom rein politischen Standpunkt behandelt wird; der sozialdemokratischen Partei muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie die Frage der Arbeitslosenfürsorge, wie überhaupt die ganze Arbeitslosenfrage zu einem Gegenstand politischer Agitation gemacht hat.“

Dieser Vorwurf Wagners gegen uns ist auf den ersten Blick ganz unverständlich. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung ist eine Streitfrage zwischen den politischen Parteien; sie ist eine politische Frage. Demgemäß müssen wir für diese unsere politische Forderung auch eine politische Agitation betreiben, wenn wir ernsthaft für die Einführung der Arbeitslosenversicherung eintreten wollen. Der „Vorwurf“ läuft also in Wahrheit darauf hinaus, daß wir uns zur Förderung der Bestrebungen, die Arbeitslosenversicherung durchzuführen, nicht mit schönen aber wertlosen Redensarten begnügen, sondern den Weg beschreiten, auf dem wir allein die Verwirklichung unserer Forderung, die Einführung der Arbeitslosenversicherung, erreichen können.

Der weitere Inhalt des Berichts zeigt uns aber, daß Herr Dr. W. Wagner mit seinen Vorwürfen gegen uns etwas ganz anderes im Auge hat. Mehr und mehr, so lesen wir an einer anderen Stelle des Berichts, scheint man von der ernstlichen Erörterung einer eigentlichen Arbeitslosenversicherung, die auf versicherungstechnischer Grundlage aufzubauen wäre, abgekommen zu sein. Bei den übrigen Zweigen der Arbeiterversicherung sei der Versicherungsfall ganz genau bestimmt, bei der Arbeitslosenversicherung dagegen falle dies naturgemäß vollständig weg. Mehr und mehr würden die Gemeinden als die geeigneten Träger einer planmäßigen Arbeitslosenfürsorge bezeichnet. Der Einführung des Genter Systems werde eifrig das Wort geredet. Dieses System bestehe darin, daß denjenigen Gewerkschaften, die eine Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitglieder zahlen, die Gemeinde einen Zuschuß zur Verfügung stellt. Auch in Deutschland fänden sich „leider“ immer mehr Leute, die das Genter System beifwörten. „Stünden die „freien“ Gewerkschaften, welche das Gros der organisierten Arbeiterschaft bilden, auf wirklich neutralem Boden, wie dies ja auch nach ihren Statuten der Fall sein soll, so wäre diese Frage ernstlich zu erwägen. Allein die freien Gewerkschaften sind auch mit ihrem ganzen Unterstüßungsweisen auf den Kampf gestimmt. Die Arbeitslosenunterstützung der freien Gewerkschaften ist nicht etwa, wie von Unkundigen in naiver Weise angenommen wird, eine charitative (wohlthätige) Maßnahme, sondern sie dient ebenfalls zu Kampfeswecken, wenn auch indirekt. Die Arbeitslosenunterstützung der freien Gewerkschaften soll die für eine Zeitlang freiwillig oder unwillkürlich aus der Kampfesreihe entfernten Kämpfer über Wasser halten, damit sie nicht als Mitkämpfer verloren gehen. Die Arbeitslosenunterstützung soll hinweghelfen über einen Zustand, der das einzelne Gewerkschaftsmitglied veranlassen könnte, fahnenflüchtig zu werden. Daß die Gewerkschaften von einem staatlichen oder gemeindlichen Zuschuß Nutzen ziehen werden, ist selbstverständlich. Das würde auf eine Vergünstigung des Koalitionszwanges hinauslaufen, die lediglich den freien Gewerkschaften Nutzen bringen würde. Die steuerzahlenden Bürger, zu denen doch in erster Linie die Arbeitgeber gehören, würden gezwungen, Beiträge

zu einer Einrichtung zu zahlen, welche mithilft, die Streikkasse zu füllen, die Arbeitgeber würden mit anderen Worten einen Teil ihres Geldes gegen sich verwenden. Man mag über das Genter System denken wie man will, die gewerkschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, die mit den politischen aufs engste verknüpft sind, lassen eine Einführung des Genter Systems nicht zu.“

Diese Stellen des Berichtes haben wir so ausführlich wiedergegeben, um vor unseren Lesern die Annahme der bürgerlichen Arbeiterfreunde von dem Schlage des Herrn Dr. W. Wagner in ihrer ganzen Größe erscheinen zu lassen. Die Herren stempeln die Arbeitslosenversicherung zu einer charitativen, wohlthätigen Maßnahme, für die sie von den Arbeitern im voraus Dank verlangen. Die Arbeiter dagegen fordern die Arbeitslosenversicherung aus gutem Grunde als ihr Recht, als eine Entschädigung des Schadens, den ihnen die heutige Ausbeutungswirtschaft zufügt, indem sie ihnen die Arbeits- und Verdienstmöglichkeit entzieht. Deshalb haben auch die Arbeitgeber die Kosten der Arbeitslosenversicherung zu decken. Denn sie sind es ja, die den Nutzen aus der jetzigen Ausbeutungswirtschaft ziehen; und wer den Nutzen hat, muß auch für den Schaden haften.

Hierzu wollen aber jene bürgerlichen Arbeiterfreunde nichts wissen. Für sie ist und bleibt die Arbeitslosenversicherung eine wohlthätige Maßnahme zugunsten der Arbeiter. Und die Arbeiter sollen, um diese Wohlthat zu erbetteln, auf ihr Streikrecht verzichten, den Kampf gegen die jetzige Ausbeutungswirtschaft aufgeben, sich selbst rechtlos machen, sich wehrlos ihren wohlthätigen Arbeitgebern überliefern.

Diese Annahme jener bürgerlichen Arbeiterfreunde steht so sehr mit der erfreulichen Erstarkung der Arbeiterbewegung im Widerspruch, daß über sie die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung sehr schnell hinweggehen wird. Die Arbeiter werden sich die Arbeitslosenversicherung in irgend einer Form erkämpfen, obgleich sie schließlich zur Stärkung der den bürgerlichen Sozialpolitikern so verhassten Kampforganisationen beitragen muß. Dasselbe ist ja mit allen Jugendsünden die Fall, der die herrschende Klasse den Arbeitern machen muß. Jede Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter wirkt in dieser Richtung. Auch die Kranken, die verunglückten Arbeiter hält eine ausreichende Unterstützung „über Wasser, damit sie nicht als Mitkämpfer verloren gehen.“

In dieser Entwicklung ist nichts zu ändern. Unsere Gegner mögen sich noch so sehr bemühen, durch sein ausgeklügelte „Wohlthaten“ der Arbeiterbewegung den Boden zu entziehen, die Kampforganisationen der Arbeiter erstarken dennoch immer mehr. Deshalb wird die Sozialdemokratie auch weiterhin für die Einführung der Arbeitslosenversicherung eintreten, ohne den Klassenkampf gegen die jetzige Ausbeutungswirtschaft abzuschwören.

## Die Staatsmänner des Zentrums.

Die „Köln. Volksztg.“, einst unter Dr. Cardanus das am besten geleitete Blatt der Zentrumsparthei, schlägt neuerdings in dem Bestreben, um jeden Preis dem Zentrum seine führende Position wiedergewinnen zu helfen, die seltsamsten Kapriolen. Noch vor kurzem gefiel sich die neue Redaktion in der demokratischen Loge und schreckte selbst nicht vor der Aufnahme der derbsten Anfeindungen zurück, die ihr Berliner Hauptmitarbeiter gegen das Bülowische Regime richtete. Seit aber die Leitung der „Köln. Volksztg.“ zu der Ansicht gekommen ist, daß der konservativ-liberale Block bei der Reichsfinanzreform in die Brüche gehen und das Zentrum wieder zu seiner früheren Stellung gelangen könnte, gibt sich das Blatt „staatsmännisch“ und hält auf Betonung seines nationalen, allen politischen Extrabarganen abgeneigten bürgerlich respektablen Charakters. Deshalb ist ihm auch sehr fatal, daß das bayerische Zentrum nicht im Wahlkreise Speyer-Ludwigshafen für die Kandidatur Pofadowsky zu haben ist, um sich dadurch nach oben als nationale, staatserkhaltende Partei zu empfehlen. Doch die bayerischen Zentrumsführer wollen von diesen staatsmännischen Anwandlungen des Kölner Zentrumsblattes nichts wissen. Die bayerische „Zentrums-Parlamentarische Korrespondenz“ veröffentlicht einen von dem Hauptblatt der bayerischen Zentrumsparthei, dem „Bayerischen Kurier“, abgedruckten Artikel gegen die staatsmännische Politik der „Köln. Volksztg.“ und der „Germania“, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die „Zentrums-Parlamentarische Korrespondenz“ gibt zwar zu, daß die Kritik des „Köln. Volksztg.“ an dem Kölner Zentrumsblatt zu weit geht; doch meint sie, das darf nach ihrer Meinung dieses nicht veranlassen, nun die bayerische Gesamtparthei zu schulmeistern: „Mag die „Köln. Volksztg.“ sich mit dem Pfälzer Blatt auseinandersetzen, die Gesamtparthei möge sie aber aus dem Spiele lassen. Es verrät faktisch verdammend wenig von jener „höheren politischen Einsicht“, mit der die norddeutsche Parteipresse die Dinge beurteilen will, wenn sie sich Mühe gibt, noch dickere Brügel aufzutreiben als die liberale Presse, um sie im jetzigen Augenblicke mit dieser um die Wette der bayerischen Gesamtparthei zwischen die Beine zu werfen. Wir sehen in unserer süddeutschen Rückständigkeit darin nur eine kapitale Unflucht, wenn nicht mehr.“

Die „Zentrums-Parlamentarische Korrespondenz“ hält dann den norddeutschen Zentrumsführern vor, daß sie sich gern in alle Wahlkreisangelegenheiten mischen und die Wahlkreisaußschüsse zu „Bemütern“ streben:

„Bei uns in Bayern tritt nicht einmal die Parteileitung, außer sie wird um Rat gefragt, an Kandidatenfragen der einzelnen Wahlkreise heran, sondern überläßt sie den Provinzial- und Wahlkreisaußschüssen. Selbst wenn dadurch Fehler zugelassen werden, ist dies Verfahren dennoch besser, als wenn die Zentralleitung die Wahlkreise Bemütern und Kandidaturen in Patronage nehmen wollte. Beispiele in Preußen (Stügel, Fasangel usw.) beweisen, daß es besser ist, man überläßt das Wahlgeld dem Wahlkreise.“

Und zum Schluß heißt es: „Die „Kölnische Volksztg.“ sagt ferner, wenn jetzt auf einmal das „Rheinische Volksbl.“ für das Verständnis der Ablehnung der Kandidatur Pofadowsky Kenntnis der speziellen pfälzischen Verhältnisse verlangt, muß es andere Gründe als den zuerst angegebenen haben. Gründe, die nur in den pfälzischen Verhältnissen beruhen können, das ist auf dem säkularisierenden Einverständnis mit der Sozialdemokratie zum rückwärtsigen Erwerb von Mandaten.“ Das hat auch die liberale Presse behauptet, welche die Neuerung der „Kölnischen Volkszeitung“ weidlich verteidigt, die außerdem noch davon spricht, daß es ein Unterschied sei, ob man vorübergehend zu bestimmten Zwecken (Wahlreform) ein Bündnis mit der Sozialdemokratie schließt, oder ob man lediglich wegen des Erwerbs einzelner Mandate, der für die so starke Gesamtstellung der Partei in Bayern in keiner Weise entscheidend ist, schließlich gewohnheitsmäßig mit der Sozialdemokratie Geschäfte macht und sich außerdem noch höheren politischen Rücksichten verschließt.“ Mit dieser Bräuterei der bayerischen und speziell pfälzischen Zentrumsparthei wird sich ja wohl die pfälzische Parteileitung zu beschäftigen haben. Einsweilen sei entschiedene Verwahrung gegen diese Behandlung eingelegt.“

Die Zentrumspresse hat sich dieser Tage über die scharfen Polemiken zwischen süd- und norddeutschen sozialdemokratischen Blättern aufgehalten. Die obigen Zitate zeigen, daß sie genügend Material vor der eigenen Tür zum Lehren findet.

## Der Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1907.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Ergebnisse des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1907 nach dem Finalabschlusse der Reichshauptkasse, abgesehen von den auf die außerordentlichen Bedungsmittel angewiesenen Ausgaben.

Im ganzen stellen sich die ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reich verbleiben, um 19 335 000 M. höher, als sie im Etat für 1907 angelegt sind. Da der Ausgabebedarf aber 33 178 000 M. beträgt, so ergibt sich für das Rechnungsjahr 1907 ein Gebühbetrag von 13 843 000 M.

Von den dem Reiche zustehenden Einnahmen haben Mehreträge gebracht: die Pöste 44 380 000 M., die Zigarettensteuer 1 207 000 M., die Salzsteuer 2 524 000 M., die Schaumweinsteuer 424 000 M., die Brausteuer 2 028 000 M., der Spielartenstempel 101 000 M., die Wechselstempelsteuer 2 920 000 M., der Prachtkundenstempel 1 996 000 M., die statistische Gebühr 179 000 M. Gegen den Voranschlag zurückgeblieben sind: die Tabaksteuer um 234 000 M., die Indussteuern um 201 000 M., die Reichsstempelabgaben für Personensaharten um 11 196 000 M., für Erlaubnisarten für Kraftfahrzeuge um 1 973 000 M. und für Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten um 5 672 000 M. sowie die Erbschaftsteuer um 9 739 000 M. Bei der Grenzsteuer, welche in der Gestalt von Vergütungen für ausgeführten oder zu gewerblichen Zwecken verwendeten Branntwein wieder zur Veräußerung gelangt, sind 2 608 000 M. mehr verausgabt als vereinnahmt worden.

Von den Betriebsverwaltungen hat nur die Reichsdruckerei bei einer Mehreinnahme von 1 889 000 M. und einer Mehrausgabe von 1 445 000 M. einen höheren Ueberfluß, und zwar von 444 000 M. abgeliefert; dagegen sind die Reichspost- und Telegraphenverwaltung mit einer Mindereinnahme von 12 903 000 M. und einer Mehrausgabe von 11 400 000 M. um 24 402 000 M. und die Reichseisenbahnverwaltung bei einer Mehrausgabe von 6 919 000 M. gegenüber einer Mehreinnahme von nur 3 662 000 M. um 3 257 000 M. hinter dem Anschlage zurückgeblieben. Die Einnahmen aus dem Bankwesen stellen sich um 17 518 000 M. gegen den Etat höher.

Mehrausgaben, das heißt größere Ausgaben, als im Etatsvoranschlag dafür angelegt waren, ergeben sich vornehmlich bei folgenden Ressorts:

Für das Reichsheer sind bei den Kontingentsverwaltungen von Preußen, Sachsen und Württemberg einschließlich der diese Verwaltungen angehenden und mit einer Ersparnis von 2 676 000 M. abschließenden Abschusses des allgemeinen Pensionsfonds sowie der sich nach dem Gesamtbedarf um 1 162 000 M. erhöhenden bayerischen Quote bei den fortdauernden Ausgaben 9 819 000 M. und bei den einmaligen Ausgaben 812 000 M. mehr erforderlich gewesen. Zu den Mehrausgaben tritt eine Mindereinnahme von 361 000 M., so daß das Gesamtergebnis beim Reichsheer sich gegen den Etat um 10 180 000 M. ungünstiger stellt.



Bei der Marineverwaltung schließen die fortdauernden Ausgaben einschließlich des entsprechenden Abschnitts des allgemeinen Pensionsfonds mit 5 395 000 M. und die einmaligen Ausgaben mit 94 000 M. Mehraufwand ab. Da bei der Einnahme 515 000 M. mehr aufgenommen sind, so ist das Ergebnis bei diesem Teile des Reichshaushalts im ganzen um 4 974 000 M. gegen den Etat ungünstiger. Größere Ueberschreitungen sind vorgekommen bei den Indienststellungen, bei der Naturalversorgung, bei der Instandhaltung der Flotte und der Werften sowie beim Kapitel Waffenwesen und Befestigungen.

Für das Auswärtige Amt ergibt sich eine Mehrausgabe von 1 195 000 M. Die Aufwendungen für die Gesandtschaften und Konsulate haben den Staatsansatz um 532 000 M. überschritten; auch der Abschnitt „Allgemeine Fonds“ schließt mit einer Mehrausgabe von 231 000 M. ab.

Bei den Fonds des Reichshauptamtes — ohne Berücksichtigung des Abschnitts Ueberweisungen an die Bundesstaaten — beziffert die Mehrausgabe sich auf 4 721 000 M.

Die Verwaltung und Verzinsung der Reichsschuld hat mit einer Mehrausgabe von 10 741 000 M. abgeschlossen. Zur Verzinsung der konsolidierten Reichsanleihe mußten 311 000 M. und zur Verzinsung der Mittel, welche zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Reichsbank bestimmt waren, 10 670 000 M. mehr als veranschlagt aufgewendet werden.

Beim allgemeinen Pensionsfonds ergibt sich unter Einschluß der oben bereits erwähnten Ersparnis beim Reichsheer und der Mehrausgabe bei der Marineverwaltung im ganzen eine Minderausgabe von 2 530 000 M.

## Die Obstruktion der „Münchener Post“ im Spiegel der Parteipresse.

Zu der Drohung der „Münchener Post“, den Parteitag zu boykottieren, haben sich bereits eine Reihe von Parteiblättern äußert. Wir geben nachstehend einige dieser Stimmen im Auszuge wieder.

Das „Hamburger Echo“ erklärt:

„... In München muß die Nervosität einen außerordentlich hohen Grad erreicht haben, wenn die einfache Tatsache, daß ein Hamburger Kreis von seinem statutarischen Recht vollen Gebrauch macht, zu der Erwägung anregt, ob nun überhaupt die Süddeutschen den Parteitag noch besuchen sollen. Diese Nervosität nur kann es erklären, daß die „Münchener Post“ die Frage stellt, auf wessen Kosten die Delegierten norddeutscher Kreise nach Nürnberg gehen. Was Hamburg betrifft (für andere Kreise sei auf die unten folgende Erklärung des Parteivorstandes verwiesen), so ist festzustellen, daß die Parteiorganisation Hamburgs nicht auf die finanzielle Unterstützung aus der Hauptkasse der Partei oder aus anderen Quellen angewiesen ist und daß sie selbstverständlich die Kosten für die ihr zugehende Delegation selbst bezahlt. Wenn man in der „Münchener Post“ etwas über die Parteigeschichte nachgedacht hätte, würde man sich erinnern haben, daß Hamburg, und damit dessen gewisser Kreis, nicht nur stets für seine Parteibeiträge Sorge getragen hat, sondern auch bis heute ganz erhebliche Summen an die Hauptkasse abgeliefert hat, die mit durch diese Summen in den Stand gesetzt wurde, anderen Orten — und es sind auch Großstädte darunter, berechnete Kollegien in München! — zur Agitation und für die Presse namhafte Beihilfe zu leisten. Und was die Organisationsarbeit anbelangt, so hat der Sozialdemokratische Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis über 7000 Mitglieder. Wenn diese 7000 ihr Recht wahrnehmen und drei Delegierte senden, so darf man ihnen wohl kaum den Vorwurf machen, daß sie unbeschäftigt seien. Uebrigens hat ja der „Vorwärts“ erst neulich festgestellt, daß auf dem Parteitag in München die bayerischen Delegierten in einer verhältnismäßig sehr hohen Zahl anwesend waren. Warum auch nicht? Man hatte damals wohl in Bayern ein reges Interesse an den Verhandlungen. Diesmal hat auch Hamburg ein reges Interesse an den Verhandlungen und deswegen entsendet es neun Delegierte — für über 32 000 eingeschriebene Parteigenossen und 118 000 sozialdemokratische Wähler.

Weil bedenklicher als die Anregung über Wahrnehmung des statutarischen Rechts durch die Hamburger und andere Parteigenossen erscheint uns die Andeutung, daß die süddeutschen Genossen den Parteitag boykottieren sollten. Dieses Verfahren, das uns undenkbar erscheint, wäre die Einleitung einer Sezession! Es sind Stimmen laut geworden, und zwar bei Beginn des Budgetstreits, daß einzelne Führer der süddeutschen Genossen gerade jetzt mit voller Absicht die Frage der Budgetbewilligung aktuell gemacht hätten, um auf einen in Süddeutschland stattfindenden und natürlich von Süddeutschland besonders stark zu beschickenden Parteitag eine Entscheidung in ihrem Sinne herbeizuführen und so dem Revisionismus, der in Dresden unterlegen ist, einen Sieg und damit Raum für neue Betätigung zu schaffen. Wir hielten das für Schwarzgeheer. Aber die jegliche — Unvorsichtigkeit der „Münchener Post“ könnte allerdings zu der Meinung drängen, der Plan habe bestanden und der Aegerer über seine Vereitelung verführe nun zu dem Entschluß: „Wenn wir unseren Plan nicht durchsetzen können, bleiben wir einfach weg.“

Gerade dieser Satz, daß zu erwägen sei, ob die süddeutschen Genossen sich überhaupt noch am Parteitag beteiligen wollen, ist ein bedenkliches Zeichen dafür, wie weit der Partikularismus und der Opportunismus bei führenden süddeutschen Genossen schon Einfluß haben. Denn daß der, der ihn schiebt, nicht auf Rückhalt bei anderen rechnen, können wir ohne weiteres nicht annehmen. Jedenfalls beweist die „Münchener Post“ zur Evidenz, wie wichtig die Frage der Budgetbewilligung an sich und wegen der Begleiterscheinungen ist, und wie richtig es ist, den Nürnberger Parteitag so zu beschickten, daß er wirklich ein einigermaßen treues Abbild der Partei und der in ihr wirkenden Strömungen ist.“

Die „Bremer Bürgerzeitung“ schreibt:

„In Entschlung haben die Revisionisten noch immer zu machen gewohnt, entweder über den „Ton“, den sie selbst stets so wählen, daß man dabei immer wieder den Wunsch in sich aufsteigen fühlt: möchten diese Genossen doch so zu den Gegnern reden, wie sie den Parteigenossen entgegentreten! ... So auch jetzt wieder. Was haben die Hamburger, Berliner, Bremer oder andere norddeutsche Parteiorganisationen so facto getan? Sie haben lediglich von ihrem Recht, das ihnen das Organisationsstatut der Partei sichert, Gebrauch gemacht. ... Was in aller Welt hat der Parteivorstand damit zu tun? Will man in München den Anschein erwecken, der Parteivorstand habe insgeheim zu den für die süddeutschen Budgetbewilliger so anstößigen Delegationen aufgefodert? Das wäre Demagogie in höchster Potenz! Man scheint in Süddeutschland keine Ahnung von der Stimmung in den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft über die neuesten Leistungen des Opportunismus zu haben, sonst würde man wohl ein wenig zum Nachdenken über die eigenen Dummheiten kommen. Die norddeutschen — und wenn die Zeichen nicht trügen — auch ein großer Teil der süddeutschen Parteigenossen, sind deshalb empört über die Budgetbewilligungen und Disziplinwidrigkeiten, weil wir in einer Zeit leben, die die Partei zum schärfsten Gegenteil veranlassen sollte. Ueberall treten infolge der Krise die Herrschenden der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung in die Erscheinung und erfüllen jedes Arbeitergemüt mit Erbitterung. Noch sind die Wokwahlten mit allem Drum und Dran, insbesondere die Rolle der Regierung dabei in frischer Erinnerung, überall schaut die Arbeiterschaft unter dem Druck der Raub- und Wucherpolitik; in Essen-Vorbringen haben wir soeben erlebt, wie das Budgetum sich zum Bloß vereinigt und unter Anwendung der unerhörtesten Lügen (Straßburg, Mühlhausen) die Vertreter der Arbeiter aus den Gemeinbeiratsämtern hinauswählt. Ferner sieht jedem Klassenbewußten Arbeiter das jammervolle Beispiel des ver-

lodderten Liberalismus vor Augen und zeigt tole eine weithin leuchtende Warnungstafel, wozu es führt, wenn die Opposition den schönen Augen einer Regierung fraut; Tag für Tag berichtet die Presse über die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens, berichtet sie über Massenjustiz, während sie doch auch vor kurzem über den Eulenburg-Brosch, über den Schmutz in den Kreisen derer, die das Regierungschiff überall in Deutschland lenken, berichteten mußte. Ja, zum Ruck, meint man in gewissen Kreisen der Partei, die Arbeiterschaft könne all dem gegenüber zu der Diplomatenruhe staatsmännisch verhaltener Parlamentarier kommen. ... Was die „Münchener Post“ so unverschämte in Vorschlag bringt, nämlich die Obstruktion, das ist der Gipfel des revisionistischen Unsinns, das sich jahrelang in den „Sozialistischen Monatsheften“ breit machen konnte und das sich in der Stuttgarter Geheimkonferenz, in der Behandlung des „Berliner“ Parteivorstands und in der Wählererei gegen die Parteischule in jüngster Zeit widerspiegelt. Mögen diejenigen, die die Dinge derartig auf die Spitze treiben, bedenken, daß es im Rahmen der Partei nun nicht mehr weiter geht, wir stehen jetzt vor einem Entweder-Oder! Wofür sich die süddeutsche Arbeiterschaft letzten Endes entscheiden wird, ist uns nicht im mindesten zweifelhaft.“

Die „Erfurter Tribune“ sagt:

„Durch die völlige Maß- und Ziellosigkeit dieses Geschimpfes (der „Münchener Post“) wird die Sache der süddeutschen Budgetbewilliger nur verschlechtert. Der „Münchener Post“ scheint die Erbitterung über den einmütigen Protest der gesamten norddeutschen Partei die Sinne und Begriffe etwas verschoben zu haben. Was hat denn der Parteivorstand damit zu tun, daß die Hamburger Genossen einfach ihr Recht ausüben, wie sie das immer getan haben? Was soll das Gerede von den „gebundenen Mandaten“ bei Delegierten, die ihrer Ueberzeugung gemäß den Disziplinbruch und den Verstoß gegen die Klassenkampfgrundsätze der Partei als solche empfinden? Haben diese selbe Ueberzeugung nicht auch süddeutsche Genossen? Sind nicht die habsbischen Landtagsabgeordneten Ad. Geel und Lehmann (beide auch Reichstagsmitglieder) schärfste Gegner der Budgetbewilligung? Nicht auch die bayerischen Landtagsabgeordneten Siggheim, Simon? Ist das auch norddeutsches Polizeigebot des Parteivorstandes, wenn diese Genossen in Nürnberg gegen die süddeutschen Budgetbewilliger stimmen werden? Sollen nur denjenigen sachliche Gründe ihrer Ueberzeugung zugesprochen werden, die den süddeutschen Königen und Großherzögen ihre Willkürwillkür, den Pfaffen ihre fetten Drohnengebälde, dem Klassenstaat die Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterklasse bewilligen?“

Die Drohung mit der Obstruktion der Bewilliger wirkt nur lächerlich, sagt sich aber im übrigen harmonisch in den Rahmen süddeutscher Parlamentelei ein, die bereits die „norddeutschen“ Parteigenossen nicht mehr als Parteigenossen, sondern nur als vom Parteivorstand kommandiertes Stimmvieh werten möchte. ...“

Die „Märkische Volksstimme“ in Rottbus meint:

„Der Budgetstreit innerhalb unserer Partei beginnt nun nachgerade eine Wendung zu nehmen, die einen weiteren Fortbestand der organisatorischen Einheit zwischen Nord und Süd in Frage zu stellen geeignet ist. Es ist die in der Parteipresse viel zu wenig beachtete Tatsache festzuhalten, daß unsere bayerischen Parteioorgane in München und Nürnberg ihre Leser über die Stimmungen und Anschauungen der norddeutschen Genossen völlig im Dunkeln liegen und nur jene Preßstimmen als den Meinungs Ausdruck der Gesamtpartei abdrucken, die die reformistische Staatsmännerei verteidigen. Die Genossen in Bayern sind somit absichtlich irreführt worden. ...“

Wenn ein Parteiorgan glaubt, mit solch Kobigen Beschimpfungen (gemeint sind die Äußerungen der „Münchener Post“) seine Sache zu verteidigen, so muß es um diese Sache selbst verdammt schlecht bestellt sein. Uebrigens wird diese Auslassung der „M. P.“ wieder ein gesundes Pressen für unsere Gegner sein, die immer noch auf eine Spaltung der Sozialdemokratie hoffen. Wollen es die süddeutschen Disziplinverächter wirklich auf die Spitze treiben?“

Eine „bedauerliche Entgleisung“ nennt die „Rheinische Ztg.“ in Köln den Ausfall der „M. P.“ und schreibt dazu:

„Wir bedauern diese Sprache und diese Drohung außerordentlich und können sie lediglich für den Ausbruch einer plötzlichen Aufwallung halten, die die ruhige Ueberlegung für einen Augenblick verdrängt hat. Auch wir haben uns abfällig über die mehr als merkwürdige Art geäußert, wie namentlich in der Provinz Brandenburg Parteidelegationen zustande kommen. Teilen wir also darin die Gefühle der Süddeutschen, so können wir uns umso entschiedener dagegen wenden, daß nun auch ein süddeutsches Parteiblatt in einem Ton verfährt, der über die Entgleisungen norddeutscher Blätter noch hinausgeht, und daß es sich zu einer Drohung verleiten läßt, deren Tragweite es unmöglich abschätzen haben kann. Die „Münchener Parteigenossenschaft“ wird mit dieser Taktik, die überdies höchst unglug ist, nicht einverstanden sein.“

Der „Volksfreund“ zu Karlsruhe sagt:

„Es ist bezeichnend für die Auffassung, die man in gewissen preussischen Parteikreisen hat, wenn man glaubt, den süddeutschen Parteigenossen durch die Macht der Zahl der Parteitagmandate die Ueberzeugung von der Unrichtigkeit der sachlichen und politischen Gründe für ihre Taktik beibringen zu können. Und dabei macht man den süddeutschen Parteigenossen noch den Vorwurf des Partikularismus. Einmalen liegt kein Grund vor, dem Parteitag fernzubleiben. In Nürnberg selbst wird es Gelegenheit geben, falls man glauben sollte, auf diese Weise eine Entscheidung der differenziellen taktischen Auffassungen herbeizuführen, die entsprechenden Maßregeln zu treffen. Auf keinen Fall — darin stimmen wir der „Münchener Post“ durchaus bei — dürfen die süddeutschen Genossen sich zum Objekt einer unwürdigen Polizeikomodie, wie sie sich abspielend von Preußen aus geplant ist, herzugeben. Damit würde die süddeutsche Parteigenossenschaft ihren moralischen und politischen Einfluß völlig preisgeben und bei den nächsten Wahlen die entsprechende Quittung erhalten.“

Die „Frankfurter Tagespost“ zu Nürnberg druckt die Drohnote der „Münchener Post“ ab und sagt nichts dazu.

Die „Freie Presse“ in Elberfeld meint: „... Verließ schon das bisherige Verhalten der Süddeutschen gegen alle Parteigrundsätze, so ist die Fortsetzung der unwürdigen Komodie geradezu ein Skandal. Die ganze Fassung der Notiz läßt darauf schließen, daß die Autoren derselben kaum eine Ahnung von der Organisation der Partei haben. Es ist im Organisationsstatut festgelegt, wieviel Delegierte ein Wahlkreis, natürlich auf eigene Kosten, schicken darf. Wenn Genossen von diesem Rechte nun Gebrauch machen, dann wird dieses als Parteizweck verfahren. Die Budgetbewilliger scheinen nicht nur keine Sozialdemokraten zu sein, sondern auch von demokratischen Grundsätzen keine Ahnung zu haben.“

In gewissem Sinne verteidigt wird die „süddeutsche Unbesonnenheit“ von der „Breitauer Volkswacht“:

„Die süddeutschen Genossen werden jedenfalls beim betreffenden Redakteur, der diesen Vorschlag macht, plausibel machen, daß sie für eine derartige Obstruktion, die zur kindischen Possen ansetzt, noch nicht reif sind. Dagegen ist nicht zu leugnen, daß die Hauptschuld an diesem unparteiischen Verhalten neben dem „Vorwärts“ diejenigen Berliner tragen, die die Norddeutschen aufstacheln, mehr Delegierte als nötig sind, nach Nürnberg zu senden, und die sich selbst für alle möglichen Wahlkreise delegieren lassen. Der Parteivorstand sollte diesen habsbischen Vorwommnissen durch eine offene, deutliche Erklärung öffentlich entgegentreten.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ endlich bemerkt:

„Ueber die Qualifizierung dieser würdigen Hege verlieren wir kein Wort. Sie ist aus der Erkenntnis geboren, daß der Nürn-

Berger Parteitag die Budgetbewilligungen beurteilen wird, und deshalb sucht man schon vorher sein Verdict zu diskreditieren. Wir haben aber soviel Vertrauen in die parteigenössische Disziplin und Solidarität der süddeutschen Arbeiter, daß sie auf diesen dreifachen freibrieflichen Versuch, die Einheit der Partei zu sprengen, eine Antwort geben wird, die Klauen und Zähne hat.“

Zur Sache selber ist zu sagen: Die drei Hamburger Wahlkreise haben im Jahre 1908 rund 35 000 Genossen organisiert. Diese 35 000 entsenden neun Delegierte. Ganz Bayern (Nord- und Südbayern und Pfalz) hat in 46 Kreisen 49 000 organisierte Parteigenossen. Wollte es im selben Verhältnis wie Hamburg vertreten sein, so dürfte es gerade 12 Delegierte entsenden, d. h. außer München und Nürnberg, fünf dürfte überhaupt kein bayerischer Wahlkreis vertreten sein. Nun ist es selbstverständlich, daß, wie es immer ist und wegen gar nichts einzuwenden ist, die benachteiligten Kreise mehr Delegierte zum Parteitag entsenden als die entfernteren. So war Bayern auf dem letzten in Bayern abgehaltenen Parteitag, dem Münchener Kongress, durch 40 Delegierte vertreten und beherrschte damit ein volles Fünftel des Parteitages, obwohl es bei den Reichstagswahlen 1903 nur ein Fünftel der sozialdemokratischen Stimmen aufbrachte. Keinem Menschen aber fiel es damals ein, über „brutale Gewalt“, „unwürdige Polizeikomodie“ zu domern, wie jetzt die „Münchener Post“. Wenn jetzt, wo sich herausgestellt hat, daß auf dem Nürnberger Parteitag wichtige Parteifragen zur Erörterung kommen, ein Ort wie Hamburg von seinem Rechte Gebrauch macht und 9 Delegierte entsendet, so hört in der Tat alles auf, wenn man das als eine „unwürdige Polizeikomodie“ hinstellt und den süddeutschen Genossen den Rat gibt, den Parteitag überhaupt nicht zu besuchen.

Wir wollen im Interesse der „Münchener Post“ annehmen, daß sie sich über die Tragweite ihres Ratsschlages nicht klar war.“

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. September 1908.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ und ihre Gönner.

Die Freiburger Genossen haben zum Parteitag einen Antrag gestellt, daß die „Neue Zeit“ mit den „Sozialistischen Monatsheften“ verschmolzen werde. Der „Leipziger Volkszeitung“ hat dieser Antrag Veranlassung zu folgenden Äußerungen gegeben:

„Wenn das nicht ironisch gemeint wäre, würden wir fragen, wie die Freiburger Genossen diese von bürgerlichen Kapitalisten hochgehaltenen „Monatshefte“ verstaatlichen wollen. Etwas durch Rückvergütung der von den Gegnern der Sozialdemokratie in das nichtparteigenössische Unternehmen gesteckten Kapitalien?“

Die „Sozialistischen Monatshefte“ antworten darauf in ihrer letzten Nummer mit folgenden Ausführungen:

Der Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“ ist das Eigentum einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der ausschließlich Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehören. Da er kein gewinnbringendes Unternehmen ist noch sein will, ist er durch freiwillige Beiträge aus Genossenskreisen unterstützt worden. Daran haben sich vor Jahren auch einige wenige Persönlichkeiten beteiligt, die außerhalb des politischen Lebens standen, aber für die sozialdemokratische Partei wie für gewerkschaftliche Zwecke aus sonst des öftern Beiträge gegeben haben. Es hieße unsere Mitarbeiter beleidigen, wollten wir den sozialdemokratischen Charakter unserer Zeitschrift gegenüber der Schimpferei der „Leipziger Volkszeitung“ noch besonders hervorheben. Jede Behauptung wie die, daß irgend welches Geld von Gegnern der Sozialdemokratie gekommen sei, charakterisiert sich und gegenüber dem selbst als eine Verleumdung. Man sollte sich schämen, mit Antworten gerade dieser Art gegen die „Sozialistischen Monatshefte“ zu kommen, die nur herausgegeben werden, um der Sache zu dienen, von denen niemand einen materiellen Vorteil hat, und die, wie bekannt, dauernd durch die Opferwilligkeit überzeugter Genossen erhalten werden. Um dem sinnlosen Gerede von dem „bürgerlichen“ Unternehmen, in dem sich die „Leipziger Volkszeitung“ dauernd gefällt, ein für allemal ein Ende zu bereiten, erklärt der unterzeichnete Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, daß er jederzeit bereit ist dem sozialdemokratischen Parteivorstand vollen Einblick in seine Geschäftsführung, in seine Ausgaben und Einnahmen und in alles, was sonst gewünscht werden sollte, zu gewähren. Der Verlag.

Es ist, wie wir anerkennen, ein zwar wohlgemeinter Vorschlag des Verlages der „Sozialistischen Monatshefte“, dem Parteivorstand seine Geschäftsführung zur Einsichtnahme vorzulegen; doch glauben wir kaum, daß der Parteivorstand sich zu solcher Prüfung verstehen wird, denn die „Sozialistischen Monatshefte“ sind ein reines Privatunternehmen: ein Blatt, das nicht zu den anerkannten Parteiblättern zählt und dessen Geschäftspraxis, Redaktionsführung und Stellungnahme zu den politischen Problemen der Kontrolle der Partei nicht untersteht. Die Geschäftsführung eines solchen Blattes zu prüfen, gehört unserer Ansicht nach ebensovienig zu den Aufgaben des Parteivorstandes, wie die Untersuchung des Geschäftsbereichs irgend eines anderen, ansehnlich der Partei stehenden privaten Prehinternehmens, z. B. der „Sozialen Praxis“, mügen auch die „Sozialistischen Monatshefte“, was ihre Tendenz anbelangt, der sozialdemokratischen Partei näher stehen. Abgesehen davon, daß der Parteivorstand das Angebot, so könnte es scheinen, als erkenne er die „Sozialistischen Monatshefte“ als Parteiblatt an und fühle sich trotz des rein privaten Charakters des Blattes doch in gewissem Grade für dessen Geschäfts- und Redaktionsführung verantwortlich.

Uns interessiert hier jedoch nur das Zugeständnis des Verlages, daß die „Sozialistischen Monatshefte“ Geld von Leuten bekommen und genommen haben, die keine Parteigenossen sind. Freilich, diese Leute sollen auch für Parteizwecke Geld gegeben haben. Möglich, daß der eine oder der andere Geldmännchen aus philanthropischen Erwägungen auch einmal die Hand an dem Bau eines Volkshauses sich beteiligt hat. Daß die Partei für ihre Preßunternehmungen Geld von Nichtparteigenossen nimmt, ist ausgeschlossen. Die „Sozialistischen Monatshefte“ sind das einzige, von Parteigenossen herausgegebene politische Organ in Deutschland, das Geld von bürgerlicher Seite nimmt.

Freilich erklären sie die Behauptung, das Geld sei von Gegnern der Sozialdemokratie gekommen, für eine „Verleumdung“. Aber was ist in den Augen der „Monatshefte“ ein „Gegner“? Wird dies Blatt nicht von der Ueberzeugung getragen, die Sozialliberalen seien die besten Freunde der Sozialdemokratie, diejenigen, mit denen wir uns zu verbänden hätten? Seidem die von Rathen unterstützte „Nation“ einging, haben die Herren Barth und Konforten kein Organ, das so warm ihre Interessen vertritt wie die „Monatshefte“.

Solange diese sich also nicht entschließen können, die Namen ihrer geheimen Geldgeber zu nennen, wird der Verdacht, unter dem sie stehen, durch nichts entkräftet.

Der Bloßfreisinn und die neuen Steuern.

Je näher dem Freisinn die Notwendigkeit neuer Steuerbewilligung rückt, um so schwiller wird ihm zu Mute. So sehr er sich auch auf das Ja-sagen zu den reaktionärsten Steuerprojekten vorbereitet hat, so wenig demagt er zu verkennen, daß ihm die Steuerbewilligung vollends um allen Kredit bringen muß, sofern es ihm nicht gelingt, mit dem reaktionären Steuerattentat wenigstens die eine oder andere pseudoliberalen Erzeugenschaft zu erkräften.



Der Vorsitzende der Fraktion der Freisinnigen Volkspartei im Reichstage, Herr Müller-Reinigen, hat in einer unlängst veröffentlichten Studie „Freisinn und Reichsfinanzreform“ seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß der Freisinn seine Beteiligung an der Reichsfinanzreform nicht dazu benutzen solle, um etwa in Preußen Kompensationen zu erlangen, da Kompensationen in der finanziellen Materie selbst reichlich enthalten (!) seien!

Diese unglückliche Politik des Herrn Müller-Reinigen resp. der Freisinnigen Volkspartei findet jedoch nicht den Beifall selbst des am meisten rechts stehenden Organs der Freisinnigen Vereinigung, der „Weser-Zeitung“. Der hanseatische, auf Handelsgeschäfte sich besser verstehende Freisinn, den das genannte Freisinnblatt vertritt, legt vielmehr dar, daß es dem Liberalismus doch wirklich nicht zugemutet werden könne, den Finanzkassen aus dem Dreck zu holen, um dann schließlich schände abgedankt zu werden zugunsten einer erneuten konservativ-ultramontanen Paarung. Bewillige der Liberalismus der Regierung die Steuern, ohne irgend eine liberale Konzession zu erhalten, so gebe es kein Hindernis mehr für das konservativ-ultramontane Bündnis, mit Ausnahme der Person des Fürsten Bülow. Ob aber diese ausreichen werde, um die Wiedervereinigung von Konservativen und Zentrum zu verhindern, möge dahingestellt bleiben. Deshalb müsse in bezug auf die preussische Wahlreform ein Zugeständnis gefordert werden:

„Wir haben von jeher zu den wärmsten Anhängern des Volksgedankens gehört. Auch heute beabsichtigen wir keineswegs, ihm durch unerfüllbare Bedingungen, wie das allgemeine Stimmrecht für Preußen, Schwierigkeiten zu bereiten. Man darf jedoch nicht verkennen, daß sein Lebensfaden die Berücksichtigung des liberalen Standpunktes neben dem konservativen ist, daß er aber zugrunde gehen muß, wenn wir Liberalen die Schanzarbeit leisten sollen, damit allsahd Truppen der Konservativen und des Zentrums die Festung besetzen. Als Bürgschaft genügt uns nicht die Hoffnung auf Dankbarkeit der Konservativen. Dazu sind realere Dinge erforderlich.“

Zur Festigung des Liberalismus verlangt also die „Weser-Zeitung“ eine preussische Wahlrechtsreform. Nachdem schon der männliche Freisinn durch Herrn Müller-Reinigen den Verzicht auf jegliche Kompensationen verkindet hatte, wäre es zum mindesten überflüssig gewesen, daß die „Weser-Zeitung“ ihrerseits durch den Verzicht auf das allgemeine Stimmrecht die ihr gebotene erscheinende Kompensation abgeschwächt hätte. Fürst Bülow und die Konservativen müßten Narren sein, wenn sie dieser Sorte von Freisinn auch nur das allgeringste Zugeständnis machen würden. Der Freisinn springt über den Stuhl, auch wenn er nichts erhält als Brüstertümpel des wirklichen Liberalismus und einige kleine Zugeständnisse an den liberalen Geldsack!

#### Für die Wehrsteuer

macht die „Deutsche Tageszeitung“ Stimmung. Sie meint, es spreche vieles für die Steuer, manches dagegen, jedenfalls aber sei sie „volkstümlich“, und da die Wehrsteuer eine direkte Steuer sei, könnten gegen sie nicht diejenigen Gründe obwalten, die gegen die indirekten Steuern vorgebracht würden. Gleichwohl möchten wir“, schreibt das Blatt, „dringend empfehlen, einen Versuch zu machen.“

Diese Empfehlung der Wehrsteuer durch die „Deutsche Tageszeitung“ ist umso bemerkenswerter, als das Agrarierorgan in seiner Nosiz bemerkt, daß die Wehrsteuer höchstwahrscheinlich nicht zu den Steuerprojekten gehöre, auf die sich die verbündeten Regierungen vorläufig geeinigt haben.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat recht, wenn sie die Wehrsteuer eine direkte Steuer nennt. Aber deshalb ist noch nicht jede direkte Steuer eine vernünftige und gerechte Steuer. Die „Deutsche Tageszeitung“ legt sich offenbar nur deshalb für diese direkte Steuer, die ja ohnehin, gemessen an dem Einnahmebedürfnis des Reiches, nicht viel bedeuten würde, ins Zeug, um die wirklich ernsthaften direkten Steuern um so erfolgreicher bekämpfen zu können!

#### Die interparlamentarische Friedenskonferenz.

In den nächsten Wochen tritt in Berlin die interparlamentarische Friedenskonferenz zusammen. Die „Köln. Zeitung“ schreibt dazu:

„Man wird den Wert der Konferenz gerade in der gegenwärtigen Zeit nicht unterschätzen dürfen. Die persönlichen Beziehungen, die einen so ungeheuren Wert im Leben haben, sind zwischen den Parlamenten bis heute fast gar nicht vorhanden, und es ist freudig zu begrüßen, wenn hierin Anstoß zu einer Verbesserung gemacht wird. Man mag über den Zweck, der die Herren zusammenführt, denken wie man will, die Tatsache, daß Parlamentarier der meisten zivilisierten Nationen zusammenkommen, um gemeinsame Interessen zu besprechen, ist von großer Bedeutung.“

Man tut gut daran, dieser Konferenz eine Bedeutung über Haupt nicht beizumessen. Wenn die „Köln. Ztg.“ von dieser Tagung einen engeren Zusammenschluß der Parlamentarier erwartet, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß diese Konferenzen bereits seit einer Reihe von Jahren stattfinden, ohne daß sie seither ein nur halbwegs greifbares Resultat gezeitigt hätten. Ueber eine Anzahl Friedensreden kommen die parlamentarischen Vertreter der besitzenden Klasse nicht hinaus. Ein typischer Vertreter der bürgerlichen Friedenspropaganda ist der freisinnige Abgeordnete Eichhoff, der auf diesen Konferenzen stets das große Wort geführt hat. Derselbe Herr Eichhoff, der im Reichstage alles bewilligt, was von der Regierung für Verstärkung von Heer und Flotte gefordert wird. Die ganze Veranstaltung gleicht einer Komödie, denn dieselben Leute, die bei dieser Gelegenheit für den ewigen Weltfrieden eintreten, bewilligen dabei mit dem größten Vergnügen Gewehre und Kanonen.

#### Die Wahlrechtsreform in Sachsen.

Geheimrat Heinke, der Rader dessen, was man in Sachsen unter Wahlrechtsreform versteht, hat, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Dresden gemeldet wird, einen Vorschlag über die Wahlrechtseinstellung ausgearbeitet. Er hielt sich bei ihr in der Hauptsache an die in der Wahlrechtsdeputation beschlossenen Grundzüge, auf die sich auch die Mehrheit der Zweiten Kammer unterjährig festlegte. Es sind 99 statt 82 Wahlkreise gebildet und zwar nach ihrer sozialen und wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit unter Berücksichtigung ihrer historischen Entwicklung. Neben der Wählerzahl ist auch die Grundfläche des Kreises berücksichtigt. Großstädte, die mehrere Abgeordnete wählen, haben ihre Aufstellung im Kreise selbst vorzunehmen, ein Teil der Mittelstädte ist zu Wahlkreisen unter sich zusammengeschlossen, andere sind, wie durchweg die Kleinstädte, zu dem platten Lande geschlagen. Stadt- bevölkerte Vororte der Großstädte sind diesen hinzugefügt.

Diese wenigen Angaben lassen erkennen, daß eine weitere Berücksichtigung zu den an sich schon volksfeindlichen Beschlüssen der sächsischen Wahlrechtsdeputation gekommen ist.

#### Dem Verdienst seine Manschettenknöpfe!

Der oft genannte Polizeirat und Grenzkommissar Wädler in Wien D. SchL, der deutsch-Sozialisten und russische Flüchtlinge

mit gleich grimmem Haffe verfolgt, und mit diesem Namen die Erinnerung an so manchen ungeheuerlichen Grenzvorfall verknüpft ist, hat jetzt seinen Dank vom Hause Romanow erhalten. Der Nikolaus hat ihm nämlich bei Gelegenheit der Enthüllung eines Denkmals des Ostmarkenvereins durch den Regierungspräsidenten von Schwerin ein paar goldene, mit Brillanten besetzte Manschettenknöpfe überreichen lassen.

#### Oesterreich.

##### Ministerkrise.

Der Ackerbauminister Dr. Ebenhoch hat seine Demission angeboten — er meint, daß er, nachdem er an der Vollziehung des serbischen Handelsvertrags mitgewirkt, nicht mehr das Vertrauen der Agrarier habe. In Wien heißt es, daß die Demission nicht angenommen werde.

##### Der Nationalitätenstreit.

In Gruscha (Schlesien) kam es Sonntag nacht zu einem blutigen Streit zwischen tschechischen Solosisten und Deutschen. Die Tschechen überfielen die aus Witowitz zurückkehrenden Deutschen, die dem gegen sie eröffneten furchtbaren Steindombardement unterlegen wären, wenn nicht 20 Gendarmen mit gefülltem Bajonett gegen die Angreifer losgegangen wären. Etwa 30 Deutsche sind verletzt, darunter 10 schwer.

##### Die Bewegung in Bosnien.

Die serbische Nationalopposition in Bosnien und der Herzegowina beschloß in einer Versammlung zu Serajewo die Forderung auf Einführung einer Verfassung in Bosnien und der Herzegowina aufzustellen, jedoch nur eine solche Verfassung zu akzeptieren, welche die ganze Nation befriedigt. Es wurde ein Exekutivkomitee ernannt, welches zwecks Verwirklichung dieser Forderung eine große Aktion einleiten wird.

#### Türkei.

##### Verhaltensmaßregeln.

Die führenden jungtürkischen Kreise wollen alle Komplikationen mit den Mächten vermeiden sehen. Das jungtürkische Komitee zu Konstantinopel erteilte mehreren Blättern wegen der die bosnische Frage behandelnden Artikel eine Rüge und gab der Presse folgende Verhaltensmaßregeln: Der Sultan ist der gebührende Respekt zu bezeugen; über die Vergangenheit der Minister ist nicht zu sprechen; unbegründete persönliche Angriffe sind zu unterlassen; Angriffe auf jede Religion sind zu vermeiden; auf die Beförderung von Griechen und Armeniern ist hinzuwirken; Artikel, welche die Mächte verletzen könnten, sind zu unterlassen; über offene Fragen, wie die kretische, bosnische, ägyptische, tunesische und algerische ist nichts zu veröffentlichen.

##### Der Streit der Eisenbahner.

Ein Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ aus Konstantinopel meldet: Der Minister des Innern greift in den Zustand bei der Anatolischen Bahn in der Richtung ein, daß er die Unmöglichkeit betont, den Direktor auf Verlangen der Beamten abzugeben; in der Lohnfrage wolle er vermitteln. Das Eingreifen war bisher erfolglos. Man glaubt, daß schließlich eine Einigung erzielt werden wird ohne Anwendung scharfer Mittel. Die Konfultate von Deutschland und Frankreich erklärten den Beteiligten, daß, falls sie wegen Ausbesserungen und Widersprüchlichkeiten gegen die neue Regierung ausgewiesen werden würden, die diplomatischen Vertretungen sie nicht schützen würden. Ein Gegensatz zwischen dem ottomanischen Komitee und der Regierung besteht in dieser Frage nicht.

##### Aufstand im Hedchas.

Die telegraphische Verbindung Damaskus—Medina ist seit mehreren Tagen unterbrochen.

#### Marokko.

##### Französisch-deutsche Spannungen.

Englische und französische Blätter besprechen erregt die Tatsache, daß der deutsche Konsul in Fes sich nach Fes begibt. Der Tangerer Korrespondent der „Times“ schreibt dazu:

„In normalen Zeiten werden Deutschland, England, Frankreich und Spanien in Fes durch Konsuln vertreten, deren Dienstobliegenheiten mehr diplomatischer Natur sind. Bei Beginn der Mulay Hafid-Kampagne wurden diese Konsuln durch einstimmigen Beschluß der vier Mächte zurückgezogen. Heute hat der deutsche Konsul in Fes, Dr. Wassef, dessen Vorbereitungen hierzu mit größter Heimlichkeit getroffen wurden, und dessen Abreise den anderen europäischen Vertretern sorgfältig von der deutschen Gesandtschaft verheimlicht wurde, Tanger verlassen, um sich nach Fes zu begeben, vermutlich, um seinen Posten am Hofe Mulay Hafids, der bis jetzt noch nicht von den Mächten anerkannt ist, einzunehmen.“ Auf diese Vermutung hin läßt sich Harris zu folgenden Äußerungen bestimmen: „Der Zweck dieses Vorgehens ist klar; die Deutschen wünschen von Mulay Hafid als erste Macht angesehen zu werden, die ihn anerkennt; denselben Eindruck wünschen sie bei den Einwohnern von Fes, den Stämmen an der Verkehrstraße und bei der Eingeborenenbevölkerung überhaupt zu erwecken. Gleichzeitig wünscht die deutsche Regierung, daß Deutschland die einzige Macht sei, die an der Seite Mulay Hafids einen vertraulichen Ratgeber habe. Es ist sehr zweifelhaft, ob der deutschen Politik aus dieser ungewöhnlichen, aber unternehmenden Methode, den anderen Mächten den Rang abzulaufen, ein praktischer Nutzen erwachsen wird, und ob es sich lohnte, sich der sehr gerechten und abfälligen Kritik auszuweisen, der ihr Schritt in ganz Europa begegnen wird.“

Deutschoffiziös wird erklärt, daß die Dr. Wassef zugefallene Aufgabe keinerlei politischen Charakter hat, er sich vielmehr dorthin begibt, um Reklamationen aus früherer Zeit, die noch nicht erledigt sind, zu prüfen. Im übrigen werden die politischen Verhandlungen mit dem hierzu berufenen Stellvertreter Mulay Hafids nur in Tanger selbst durch den deutschen diplomatischen Vertreter gepflogen.

Wußte sich dann aber die deutsche Regierung nicht selbst sagen, daß diese Reise zum mindesten in hohem Maße zweifelhaft sei? Zumal die deutsche Regierung ziemlich deutlich erkennen läßt, daß sie die baldige Anerkennung Mulay Hafids wünscht. Anders ist wenigstens folgendes Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ nicht zu verstehen:

„In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ war es als falsch bezeichnet worden, daß der Kaiser persönlich durch ein Telegramm in die marokkanische Anerkennungsfrage eingegriffen habe. Französische Blätter haben daraus den Schluß ziehen wollen, als ob Deutschland dieser Frage nur geringes Interesse entgegen bringe. Das ist eine Annahme, die der Gerechtigkeit entbehrt.“

##### Abdul Afis' Absichten.

Die offiziöse französische Depeschagenagentur „Agence Havas“ teilt mit, man glaube, daß Abdul Afis keine neuen Anstrengungen gegen Mulay Hafid unternehmen werde; er besitze überhaupt keine Mittel dazu. Die gegnerischen Meldungen werden also offiziös dementiert.

#### Aus der Partei.

##### Die Stuttgarter Genossen gegen die Budgetbewilligung.

Stuttgart, 1. September. (Telegr. Bericht des „Corv.“) Am Montagabend wurde die Debatte über die Budgetbewilligungsfrage in der Stuttgarter Parteiversammlung fortgesetzt. Die Versammlung war noch stärker besetzt als die erste Landtagsabgeordneter Heymann-Stuttgarter, der in der ersten

Versammlung im Auftrage der Stuttgarter Landtagsabgeordneten gesprochen hatte, gab zu Beginn der Versammlung die Erklärung ab, daß für seine Ausführungen in der letzten Versammlung nur er allein die Verantwortung trage. Sodann gab der zweite Vorsitzende das Resultat der Delegiertenwahl zum Parteitag in der Stadt Stuttgart bekannt. Das Resultat von den Landgebieten steht noch aus, ändert jedoch nichts an dem Gesamtergebnis. Der vom Genossen Heymann empfohlene Kandidat Waffatsch, der zweite Vorsitzende des Metallarbeiter-Vereins, erhielt 257 Stimmen, Genosse Westmeyer-Stuttgart 559 Stimmen. Damit hat sich die große Majorität der Stuttgarter Genossen gegen die Haltung der süddeutschen Landtagsabgeordneten zur Budgetbewilligung ausgesprochen.

Das Resultat der Urwahl wurde durch den Ausgang der Versammlung noch verschärft. Schon die erste Versammlung hatte erkennen lassen, daß die übergroße Majorität der Stuttgarter Genossen die Haltung der Landtagsabgeordneten entschieden mißbilligt. Von den Verteidigern der Fraktion wurde mit zäher Ausdauer versucht, die Genossen umzustimmen. Eine glänzende Rede der Genossen Klara Jettin bereitete diese Bemühungen. Reichstagsabgeordneter Gildenbrand brachte im Einverständnis mit dem Genossen Heymann eine abschwächende Resolution ein, zu deren Gunsten Heymann seine Resolution zurückzog. Die neue Resolution Gildenbrand-Heymann hat folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, daß die grundsätzliche Bekämpfung der herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung aus der Gesamttätigkeit der Partei hervorgeht, in weiterer Erwägung, daß die Gesamtabstimmung über das Finanzgesetz in den Einzelstaaten eine reine Zweckmäßigkeitfrage ist, welche nach den örtlich und zeitlich gegebenen Umständen zu beurteilen ist, erwartet die Parteiversammlung, daß der Parteitag nach Aussprache mit den beteiligten Genossen in der Frage der Budgetbewilligung keinen Beschluß fah, der die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei nach keiner Richtung beeinträchtigt.“

Genosse Vorhöfzer brachte ebenfalls eine Vermittlungsresolution ein, welche lautete:

„Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Stuttgart-Camphart, welche zur Frage der Budgetbewilligung durch die hiesigen und badischen Landtagsabgeordneten der sozialdemokratischen Partei Stellung nimmt, erklärt, daß es in erster Linie Aufgabe der Abgeordneten von Bayern und Baden sowie der dortigen organisierten Parteigenossen sein muß, die Zustimmung zu dem Etat im Sinne des 8. Absatzes der Lübecker Resolution zu rechtfertigen. Die Versammlung enthält sich deshalb einer Abstimmung darüber, ob das Verhalten der dortigen Genossen gutzuheißen oder als Mißbilligung aufzufassen sei. Sie erwartet jedoch vom Parteitag, daß derselbe nach sachlicher Prüfung der Angelegenheit Richtlinien schafft, die einen so unergütlichen Streit, wie er in der Partei herrscht, für die Zukunft unmöglich macht.“

Kühndem brachte Vorhöfzer ein Amendement zu der bereits mitgeteilten Tagesresolution ein.

In seinem Schlusswort gab Genosse Heymann eine Reihe Erklärungen zu seiner ersten Rede. Er versuchte nochmals, seinen Standpunkt prinzipiell zu begründen und empfahl zum Schluss die Resolution Gildenbrand zur Annahme. Genosse Westmeyer führte in seinem Schlusswort aus, dem Genossen Heymann sei das große Verdienst zuzusprechen, endlich einmal mit dem „großen Mißverständnis“, mit dem man bisher operiert habe, ausgeräumt und gezeigt zu haben, wozu die Reise gehen solle. Heymann habe nicht mit „Zweckmäßigkeit“ und „zwingenden Gründen im Sinne der Lübecker Resolution“ operiert, sondern eine durchaus prinzipielle Rede für die regelmäßige Budgetbewilligung gehalten. Die Frage, die die Versammlung und auch der Parteitag zu beantworten habe, sei durch die Klarlegung des Genossen Heymann folgendermaßen gestellt: Sollen wir den kapitalistischen Staat kräftigen und verankern oder sollen wir bleiben, was liebste war, ein Soldat der Revolution. Er bitte, die Frage klar zu beantworten durch Annahme der Resolution.

Die Abstimmung ergab zunächst Ablehnung der vom Genossen Vorhöfzer gestellten Anträge. Dann kam die vom Genossen Westmeyer empfohlene Resolution zur Abstimmung. Sie wurde angenommen mit 238 gegen 100 Stimmen. Damit war die Resolution Gildenbrand-Heymann erledigt. Die erste Resolution Heymann wäre, wenn sie zur Abstimmung gekommen wäre, sicherlich mit noch weit größerer Majorität abgelehnt worden.

##### Bayrische Genossen zur Budgetfrage.

Die Konferenz des Wahlkreises Landau (2. plätz.) erklärte sich mit der Budgetbewilligung einverstanden und sprach der Landtagsfraktion ihr Vertrauen aus.

In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Kaiserlautern berichtete Landtagsabgeordneter Genosse Klement über die Tätigkeit der Fraktion und verteidigte die Budgetbewilligung. In der Diskussion sprachen vier Redner gegen, einer für die Budgetbewilligung.

##### Badische Parteiorganisation zur Budgetfrage.

Die Konferenz des Reichstagswahlkreises Heidelberg-Eberbach-Mosheim nahm folgende Resolution an:

„Die heute, am 30. August 1908, in der Hofe in Eppelheim tagende Wahlkreis- und Gemeindevertreterkonferenz des 12. bad. Reichstagswahlkreises erklärt sich mit der Tätigkeit der badischen Landtagsfraktion in jeder Hinsicht einverstanden, auch mit der Budgetbewilligung, für welche nach Ansicht der Konferenz dieses Jahr auf Grund der ganzen politischen Konstellation Badens die von der Lübecker Resolution verlangten „zwingenden Gründe“ vorliegen.“

Die Konferenz protestiert mit Entrüstung gegen die von Norddeutschland gegen die badische Landtagsfraktion und den badischen Landesvorstand gerichteten Angriffe, die den parteigenössischen Umgangformen ins Gesicht schlagen.

Ganz besonders weist die Konferenz die im Norden zutage getretene Verächtlichkeit der süddeutschen Genossen zurück, als ob diese die Einheit der Partei zerstören oder den Klassenkampf verkleinern wollten.

Die Konferenz stellt an den Nürnberger Parteitag den Antrag, den Parteigenossen in den einzelnen Bundesstaaten die Entscheidung darüber zu überlassen, wie die Frage des Budgets zu behandeln ist.

Zum Schluss ist die Konferenz noch der Ansicht, daß es angeht, die unqualifizierbare Behandlung der badischen Landtagsfraktion und des badischen Landesvorstandes Ehrenpflicht aller badischen Parteigenossen ist, gegen eine solche Behandlung ihrer Führer und langjährigen Vertrauensleute die schärfste Verwahrung einzulegen.

##### Eine zweite Resolution sagt:

Die heutige Wahlkreis- und Gemeindevertreterkonferenz bedauert es, daß in der gegenwärtigen Debatte über die Budgetbewilligung ein Verzicht der badischen Parteigenossen die ungerichteten Angriffe der norddeutschen Parteipresse unterstützt.

Scharf verurteilt es auch die Konferenz, daß Genosse Adolf Ged ein bürgerliches Blatt zur Polemik gegen einen Parteigenossen benützte.

(Genosse Ged hat dem betreffenden bürgerlichen Blatt eine Verächtlichkeit gegen die Verächtlichkeit gelandt, er habe den Genossen Kolb hinterhältig angegriffen. Dabei will er nach Ansicht der Anhänger Kolbs gegen diesen in einer in einem bürgerlichen Blatt „unzulässigen Weise“ polemisiert haben.)

Als Delegierter wurde der Genosse Parteisekretär E. Waier gewählt.

Die Konferenz des Wahlkreises Karlsruhe nahm nach einem Referat des Genossen Kolb, dem Genosse Adolf Ged entgegen, mit allen gegen drei Stimmen eine Resolution an, die die Budgetabstimmung billigt, gegen den Vorwurf des Partikularemismus und des Weitreibens



einer Kleinbürgerlichen Polizei protestiert und den Ton eines Teils der norddeutschen Parteipresse bedauert. Ein vom Genossen Egmund, dem früheren Vorsitzenden des Landesvorstandes, beantragtes Adelsbotum gegen den Landesvorstand wurde von der Konferenz abgelehnt. Als Delegierter zum Parteitag wurde mit allen gegen 8 Stimmen Genosse K o l b gewählt.

Eine Parteiverammlung in Redarshausen resolveierte für die Budgetbewilligung, erwartet eine friedliche und befriedigende Lösung der Streitfrage und hofft, daß parteischädigende Debatten, wie wir sie in den letzten Wochen erleben, sich nicht wiederholen werden.

**Die Budgetbewilligung vor den Genossen von Dresden-Land.**

In der Kreisversammlung des sozialdemokratischen Vereins Dresden-Land sprachen sich der Referent Parteisekretär Kahmann und in der Diskussion die Genossen Fleißner, G r o e y c h, Reichstagsabgeordneter Horn gegen die Budgetbewilligung aus. Genosse Fleißner sagte u. a.: Man habe es hier mit einer Strömung innerhalb der Partei zu tun, gegen die endlich einmal unzweideutige Stellung genommen werden müsse, wenn man die grundsätzliche Festigkeit und Geschlossenheit der Partei erhalten wolle. Die ganze Art des Vorgehens der Süddeutschen zeige, daß man es hier mit einer systematischen Veräusserung von Parteibeständen und „Anschauungen“ zu tun habe. — Eine entsprechende Resolution wurde angenommen. — Zu Delegierten wurden die Genossen Kahmann, Schulze-Cossebaude und K e u h ä u s e r-Löbtau durch Urabstimmung gewählt.

**Auch eine Drohnote.**

Im „Karlsruher Volksfreund“ schreibt der Parteisekretär Genosse Engler-Karlsruhe einen Artikel, der gegen die neuerlich im „Vorwärts“ mitgeteilte Resolution der Genossen von Leipzig-Land polemisiert und schließt:

Unterwerfen können wir uns aber auch nicht, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen. Es gilt also im äußersten Falle zu erklären, daß wir uns in Fragen, welche nach unseren örtlichen Verhältnissen beurteilt werden müssen, dem Mehrheitswillen nur insoweit unterwerfen, als davon die Gesamtpartei berührt wird. Im übrigen werden sich die norddeutschen Genossen daran gewöhnen müssen, uns so viel Urteilskraft zuzutrauen, daß wir das Richtige treffen. Die Genossen können unbeforgt sein, wir werden keine kleinbürgerliche, sondern stets Arbeiterpolitik treiben.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Welsernte des Jahres 1908.

Das ungarische Ackerministerium veröffentlicht eine Schätzung der Welsernteertrages für das laufende Jahr. Danach beträgt das Gesamtergebnis der Welsernte an Weizen 845,75 Millionen Doppelzentner (gegen 851,08 des tatsächlichen vorjährigen Ertrages), Roggen 395,66 (429,02), Gerste 343,15 (322,04), Hafer 598,50 (543,54) und Mais 973,20 (905,79). Die aus dem Vorjahre vorhandenen Vorräte werden beziffert für Weizen auf 42,70, für Roggen auf 14,88, für Gerste auf 9,28, für Hafer auf 15,88, für Mais auf 7,07 Millionen Doppelzentner. Es zeigt sich ein Bedarf für 1908/09 an Weizen von 884,25, an Roggen von 423,02, an Gerste von 322,65, an Hafer von 554,53, an Mais von 953,26 Millionen Doppelzentner.

Von den exportierenden Staaten wird das Endergebnis wie folgt berechnet: Für die Vereinigten Staaten an Weizen auf 185, an Mais auf 600, an Hafer auf 160 Millionen Doppelzentner, für Rußland einschließlich Asien an Weizen auf 135, an Roggen auf 177,50, an Hafer auf 163 Millionen Doppelzentner, für Ungarn an Weizen auf 42,80, an Roggen auf 12,98, an Gerste auf 12,77, an Hafer auf 10,80, an Mais auf 42,87 Millionen Doppelzentner. Der Bericht schätzt das Ertragsresultat Deutschlands an Weizen auf 37, an Roggen auf 92,25, an Gerste auf 28,50, an Hafer auf 70 Millionen Doppelzentner gegen 92 bzw. 102,00 bzw. 51 bzw. 88,50 Millionen Doppelzentner Ertrag im Vorjahre.

**Allgemeines deutsches Roheisensyndikat.**

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: Wie bekannt, sind seit einigen Monaten durch einen Ausschuss, dem Vertreter der bestehenden vier Roheisensyndikate angehören, Verhandlungen zwecks Bildung eines allgemeinen deutschen Roheisensyndikats im Gange, die zu einer Verständigung über den Vertragsentwurf bereits geführt haben. In der letzten im Juli abgehaltenen Sitzung beschloß der Ausschuss, diesen Entwurf den sich bisher ablehnend verhaltenden Hochöfenwerken zur Kenntnis zu unterbreiten und von deren Teilnahme die Weiterführung der Verhandlungen abhängig zu machen. Das Eisenwerk Kraiss-Kraiss hat die Teilnahme am 29. August abgelehnt. Infolge dessen hat der Ausschuss seine Tätigkeit eingestellt und damit dürfte auch der Weiterbestand des am Jahresende ablaufenden Syndikats unmöglich geworden sein.

## Gewerkschaftliches.

### Die würdige Abhängigkeit.

Herr Lebius steht die Unternehmer an, ferner über Weiersdorf nicht zu vergessen. Während seine plumperen Wegner sich in aller Öffentlichkeit an ihm reiben, diskreditiert er die gelbe Arbeiterbewegung bei den Unternehmern in aller Heimlichkeit durch folgendes Zirkular:

Der Bund, Organ für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber.

Charlottenburg-Berlin, den 24. August 1908.  
Rommensstr. 47.

Herrn Fabrikbesitzer . . . . .

Der endesunterzeichnete Bundesvorstand erlaubt sich, Sie ergebend davon zu benachrichtigen, daß er leider gezwungen war, seinen bisherigen Arbeitsnachweissekretär Weiersdorf zu entlassen, weil er das in ihn gesetzte Vertrauen gründlich mißbraucht hatte. Anlässlich einer ersten Auseinandersetzung mit Weiersdorf, der ohne unser Wissen für vierhundert Mark Drucksachen gekauft hatte, kamen wir zufällig dahinter, daß Weiersdorf und der Werkzeugmacher Ernst Schmidt hinter unserem Rücken feindschaft tätig waren, um eine den Werkvereinen feindschaftig gestimmte zentralistische Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen. Nach der eigenen Angabe von Weiersdorf soll seine neue Arbeiterbewegung von dem unwürdigen Abhängigkeitsverhältnis von den Arbeitgebern, in dem sich angeblich die gelben Werkvereine befinden, befreit werden. Nach Weiersdorf sollen die Interessen der Gelben von ihren Führern bisher mit Füßen getreten worden sein, und er will nun dafür sorgen, daß seine Anhänger nicht mehr für Schmalzstücken arbeiten. Er rühmt sich, daß man ihn im Polizeipräsidium gratuliert habe, daß er endlich die gelbe Arbeiterbewegung aus ihrem Abhängigkeitsverhältnis von den Arbeitgebern erlöse.

Da es nicht im Interesse der Industrie liegt, daß unsere junge gelbe Arbeiterbewegung durch ehrgeizige und disziplinlose Führer zerstückelt wird, so bitten wir Sie ergebend, den Arbeitsnachweissekretär Weiersdorf nicht zu benutzen, zumal sich Weiersdorf durch Erhebung einer Vermittlungsgebühr von 50 Pf. von jedem Arbeitlosen eine ergebliche Einnahmequelle zu verschaffen sucht.

Wir bemerken, daß unser Arbeitsnachweis nach wie vor bis zum 1. Oktober sich Chauffeestr. 9 befindet. Gleichzeitige möchten wir dagegen protestieren, daß unsere gelben Werkvereine sich in einem unwürdigen Abhängigkeitsverhältnis zu den Arbeitgebern befinden. Abhängig ist jeder Mensch und die sich unabhängig dünkelnden Fanatiker sind abhängig von ihren demagogischen Schlagworten und Führern.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Vorsitzende des Gelben Arbeitsbundes (Sty Berlin).  
H. Lebius.

Herr Lebius kennt seine Leute. Eine Bewegung, die angeblich dafür sorgen will, daß ihre Anhänger „nicht mehr für Schmalzstücken arbeiten“, muß natürlich den Unternehmern allemal verdächtig sein, selbst wenn man bei dem guten Verhältnis zwischen Polizei und Unternehmertum nicht glaubt, daß irgend jemand im Polizeipräsidium (irgend jemand zu der Idee der Befreiung aus dem Abhängigkeitsverhältnis von den Arbeitgebern gratuliert habe. Nein, so ist unsere Polizei nicht! Sie empfindet das Abhängigkeitsverhältnis vom Unternehmertum ebenso wenig als unwürdig wie Herr Lebius, dem nichts würdiger erscheint, als ein Verhältnis, bei dem zwar die Waage der unabhängig Denkenden und nach Unabhängigkeit Strebenden zu „Schmalzstücken“ beruht ist, die Vertreter eines solchen Systems aber in der Bel-Étage wohnen.

Herr Lebius preißt sich als den an, dem kein Abhängigkeitsverhältnis als unwürdig erscheint. — Nur seinen Nachweis möge man nicht vergessen.

Wir fürchten für den Herrn, daß das Unternehmertum heute weder ihn, noch seinen Dusenfeind Weiersdorf braucht. Zur Zeit der Hochkonjunktur war den Unternehmern neben dem Bureau der Kühnemann und ähnlicher gearteten Institutionen jeder Nachweis willkommen und feiner willkommener als ein solcher, der ihnen nicht nur Arbeiter, sondern auch Charaktere zu vermitteln versprach, wie sie die Lebius und Weiersdorf erzichten. Aber trotz aller Versicherung der Untertänigkeit haben die Unternehmer in ihrem sicheren Klasseninstinkt alle von immer wie gefinneten Arbeitern mitverwalteten Arbeitsnachweise nur als einen Notbehelf angesehen, den man sich neben den eigenen Vorkriegsbüroaus unter Umständen gefallen ließ, denen man aber nie traute. Der Zwist der Gelben um die Unternehmerfütterkrippe so viel Unrat zutage, den Menschen mit einigem Heilichkeitsgefühl meiden, daß Lebius und Weiersdorf, daß die abhängigen und die abgehängten Gelben dabei kaum auf ihre Rechnung kommen werden.

Den einen Lebius konnte sich das Unternehmertum leisten. Lebius und Weiersdorf zusammen belasten das gelbe Konto zu stark!

### Berlin und Umgegend.

Die streikenden Kohlegehr und Helle kamen in Massen zu der Versammlung am Dienstagmorgen im Gewerkschaftshaus. Der große Saal bot nicht Raum genug, um die Anbründer zu fassen. Otto Handke forderte die Anwesenden auf, sich in Streikende und Arbeitslose zu sondern, um keinen Zweifel an der Vollständigkeit der Versammlung, die die Streikenden allein zu fassen haben, Raum zu geben. Etwa hundert Arbeitslose nahmen auf der Galerie Platz. Handke stellte fest, daß der zahlreiche Besuch dieser Versammlung wie noch andere Anzeichen deutlich beweisen, daß die überproportionale Mehrheit der Berliner Kohlegehr und Helle von dem Tarif der Unternehmer nichts wissen will. In der Versammlung bei starker am Sonntag waren höchstens 650 Personen anwesend, darunter viele, die nicht dahin gehörten; ferner gelang dort die Abstimmung öffentlich, so daß mancher sich mitreihen ließ, für eine Sache zu stimmen, die er bei näherer Überlegung nicht gutheißen konnte. 17 Firmen mit zusammen 105 Arbeitern haben die Forderungen der Organisation anerkannt. Mehrere Unternehmer haben telephonisch angefragt, ob man nicht damit zufrieden wäre, wenn sie den alten Tarif weiter zahlen. Ihnen wurde erwidert, daß man nach den Verbandsbeschlüssen damit nicht zufrieden sein könne. Handke legte der Versammlung einen Vorschlag der Vertrauensmännerführung vor, der dahin geht, daß nirgends gearbeitet werden darf, wo der neue Tarif nicht anerkannt ist. Dazu gab die Versammlung ihre volle Zustimmung. Von den anderen Arbeitern in den Betrieben wird erwartet, daß sie jede Streikarbeit ohne weiteres ablehnen. Vom „Freien Verband der Metallarbeiter Deutschlands“ meldeten sich zwei Vertreter, die erklärten, daß sich der Verband der Streikbewegung anschließen, sie verlangten Vertretung in den Vertrauensmännerführungen, die auch sofort gewährt wurde. Handke gab nun eine Reihe von Anweisungen über das Verhalten der Streikenden in den nächsten Tagen. Die nächste Versammlung findet am Freitagvormittag im Gewerkschaftshaus statt.

Eine Anzahl Mitglieder des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes haben erklärt, Streikbrecher werden sie auf keinen Fall, das widerspricht ihren Ethikbegriffen als organisierte Arbeiter. Die Vertrauensmänner haben sich bereits mit den sich daraus ergebenden Fragen beschäftigt und verlangen von jenen Kollegen, die die Arbeit entgegen dem Beschluß ihrer Organisation niederlegen, daß sie mit dem Allgemeinen Metallarbeiterverband brechen. Es steht ihnen frei, wo sie sich anschließen wollen, aber wenn sie mit den Streikenden gleichberechtigt in Reich und Glied treten wollen, müssen sie jenem Verbande den Rücken kehren.

Die Berliner „Volks-Zeitung“, das Organ des Wiesenthalischen Allgemeinen Metallarbeiterverbandes, bringt einen Bericht, nach dem in der Versammlung im Gewerkschaftshaus „nur etwa 500 Personen“ anwesend gewesen wären. Der Berichterstatter der „Volks-Zeitung“ muß durch einen ungelährten Oportunisten gesehen haben. Es waren in der Versammlung 1400 Personen, darunter nur etwa 100 Arbeitslose anwesend. Die Unternehmer, die am Donnerstag einen Vertrag mit der Wiesenthalischen Organisation abschließen wollten, sichern sich also dadurch kaum Arbeitswillige in genügender Anzahl.

### Der Streik der Expeditionarbeiter

Ist nicht zustande gekommen, da für denselben nicht eine dem Statut des Transportarbeiterverbandes entsprechende Zahl von Stimmen abgegeben wurde. In der Nacht vom Montag zum Dienstag tagte in Kellers „Neuer Philharmonie“ die entscheidende Versammlung.

Hempel eröffnete diese um 11 Uhr. Er teilt namens des Zentralvorstandes mit, daß der Zentralvorstand beschlossen habe, von der Bestimmung des Statuts, wonach zu einem Streik die Zustimmung von 2/3 aller in den mit Streik zu belegenden Betrieben Beschäftigten erforderlich ist, eine Ausnahme zu machen und bereit sei, den Streik zu sanktionieren, wenn 2/3 der in der heutigen Versammlung Anwesenden für den Streik stimmen würden.

Auf Antrag wird das Protokoll der zwischen Vertretern der Unternehmer und Arbeiter am 27. August stattgefundenen Verhandlung verlesen, aus dem sich ergibt, daß die Vertreter der Arbeiter alles versucht haben, um noch mehr Zugeständnisse für die Arbeiter herauszuschlagen, daß es jedoch nicht möglich war, die Unternehmer zu weiteren als den gemachten Zugeständnissen zu bewegen.

Hierauf trat die Versammlung in die Diskussion ein. Die Mehrheit der Redner sprach sich für den Streik aus. Die Minderheit machte besonders darauf aufmerksam, daß heute schon ein großer Teil der in Betracht kommenden Arbeiter wankelmütig sei, und daß es bei der unglücklichen Konjunktur sehr wahrscheinlich sei, daß der Streik verloren gehen werde.

In seinem Schlusswort vertret Hempel nochmals den Standpunkt des Zentralvorstandes. Von den in Frage kommenden 1563 Beschäftigten waren nur 961 anwesend. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Es gaben ihre Stimme ab 832, davon für den Streik 503, gegen den Streik 203, ungültig waren 126 Stimmen. Damit war der Streik abgelehnt und die Zugeständnisse der Unternehmer angenommen. Es hatten sich nur 2/3 der in Frage kommenden Arbeiter für den Streik erklärt. Nach den Statuten hätten über 1200 für den Streik stimmen müssen, wenn dieser erklärt werden sollte. Aber auch nach dem Beschluß des Zentralvorstandes,

daß 2/3 der in der Versammlung Anwesenden schon für den Streik entscheiden könnten, war die Zahl der für den Streik erforderlichen Stimmen bei weitem nicht erreicht.

Das Resultat wurde von einem Teil der Versammlung mit lebhaftem Widerspruch aufgenommen.

**Achtung, Acker!** Wegen Tarifbruch ist die Firma Bauh, Charlottenburg, Bilmersdorfer Straße 162, Bau Kaiser-Friedrich-Straße 178 (Beamtenbauverein), Rixdorf, geperert.  
Die Sektionsleitung.

### Deutsches Reich.

Die Kämpfer und Inspektoren Schweinfurt sind an die Unternehmerversammlung mit Tarifforderungen herangezogen. Diese lehnte jede Unterhandlung mit der Arbeiterorganisation ab und hat auf eine wiederholte Aufschrift überhaupt nicht geantwortet. Da es voraussichtlich zu Differenzen kommen wird, ist schon jetzt die Fernhaltung des Zugangs geboten.

### Ausland.

#### Der internationale Transportarbeiterverband

hat in der letzten Woche in Wien tagt. Vorausgegangen waren die internationalen Konferenzen der Eisenbahner und der Seeleute. Auf dem Kongreß begn. den Konferenzen sind insgesamt 17 Länder von diesseits und jenseits des Ozeans vertreten. Der internationale Transportarbeiterverband gehören jetzt 44 Organisationen mit 496 000 Mitgliedern an. Das Ziel der Föderation ist, wie alle Delegierten betonten, die Zusammenfassung aller Transportarbeiter auf Land und Meer. Die Föderation gibt ein Korrespondenzblatt in englischer, französischer und deutscher Sprache heraus. Außerdem werden bei Vorkommnissen, die ein schnelles Eingreifen erfordern, Zirkulare in 6 Sprachen versandt. Die Konferenz der Eisenbahner befahte sich namentlich mit Organisationsfragen. Auch hier wurde fast allgemein die Ansicht vertreten, daß alle Gruppen der Eisenbahner in einer strengen Zentralisation zu vereinigen seien, nur die Franzosen traten auch für den föderalistischen Charakter ein.

Bei den Seeleuten kam es zu scharfen Auseinandersetzungen wegen der Stellungnahme zu der Beschäftigung von farbigen (Neger und Asiaten) auf den Schiffen. Müller (Vorsitzender des deutschen Seemannverbandes) beantwortete die Frage, ob man die farbigen von europäischen Schiffen ausschließen dürfe, mit nein. Erstens verbiete das die Stuttgarter Resolution und widerspreche auch unseren Anschauungen über die soziale Entwicklung. Dagegen müsse verlangt werden, daß alle auf einem Schiffe Beschäftigten die Kommandosprache verstehen und daß jene nicht billiger arbeiten. Außerdem müsse man bestrebt sein, auch die farbigen zur Organisation heranzuziehen, so schwer dies auch sein möge. Der amerikanische Delegierte wendete sich gegen diese Auffassung. In Amerika bereite es keine Schwierigkeiten, die Negere zur Organisation heranzuziehen, aber man wolle sie nicht, und gegen die Einwanderung der Neger würden sich die amerikanischen Arbeiter noch lange wehren. Die Differenz in politischer, sozialer und moralischer Beziehung zwischen den Weißen und den Asiaten sei so groß, daß gegenüber dieser Situation alle Dogmen schweigen müßten. Schließlich wurde die von Müller vorgelegte Resolution einstimmig angenommen.

Im Plenum des Kongresses kam am letzten Tage auch ein Vertreter der Eisenbahner von Konstantinopel zum Wort. Er berichtete, daß jetzt zwei Eisenbahnerstreiks stattfinden, die ersten, bei denen man die Urheber nicht in den Bosphorus taucht. In bezug auf die Anwendung der Kampfsmittel wird den einzelnen Ländern freie Hand gelassen. In der betreffenden Resolution wird angeraten, nur dann in eine Bewegung einzutreten, wenn die volle Sympathie der Bevölkerung den Eisenbahnern sicher ist. Der Zentralrat, dessen Sitz wieder nach Hamburg kommt, wird beauftragt, Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner in allen Ländern anzustellen. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich mit den Plänen, welche die international vereinigte Meeder verfolgen und die befallentlich darauf hinauslaufen, die Organisation der seemannischen Arbeiter zu vernichten. Die hierzu angenommene Resolution besagt, daß alle Maßnahmen der Meeder genau verfolgt werden müssen, ferner sei mit aller Energie die Aufklärung und Erziehung der Arbeiter zu betreiben, damit es den Unternehmern unmöglich wird, Streikbrecher zu bekommen. Nachdem noch verschiedene Beschlüsse bezüglich der Organisation gefaßt und der Genosse J o h a d e wiederum zum geschäftsführenden Vorsitzenden des Zentralrats gewählt war, wurde der Kongreß geschlossen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Eine Nachricht von Sven Hedins.

Stockholm, 31. August. (B. L. V.) Die Eltern Sven Hedins erhielten heute abend von dem Privatsekretär des Königs von Indien folgendes Telegramm aus Simla: Sven Hedins nach anstrengender erfolgreicher Reise bei guter Gesundheit. Die Ankunft in Simla erfolgt anfangs September.

### Gerüststurz.

Duisburg, 1. Sept. (B. L. V.) Bei der Montierung eines elektrischen Kranes auf der Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen stürzte ein Gerüst zusammen. Drei Arbeiter fielen in den Hasen, wobei zwei ertranken.

### Großfeuer.

Serajewo, 1. September. (B. L. V.) Bei einer großen Feuersbrunst wurden fünf Wohnhäuser und mehrere Nebengebäude eingeschert. Vier Personen sind dabei tödlich verunglückt; mehrere Feuerwehrlente und Polizeibeamte erlitten bei den Rettungsarbeiten Verletzungen. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch unbekannt.

### Zwei Touristen abgestürzt.

Innsbruck, 1. September. (B. L. V.) Von der Benediktinerwand sind die beiden Münchener Geschäftsleute Diehl und Goebel abgestürzt und sofort tot geblieben.

### Anwetter im Kanal.

London, 1. September. (B. L. V.) Heftige Regensstürme wütheten gestern nacht und heute morgen in England. Es sind viele Meldungen über kleinere Schiffsunfälle eingelaufen. Telegraphenlinien sind unterbrochen. Die Kanalbagger ver-schoben ihre Abfahrt. Der Dampfer „Queen“, der nachts in Portsmouth eintrafen sollte, war zwölf Stunden überfällig, was große Verwirrung hervorkiel und veranlaßte, daß mehrere Schiffe zur Hilfeleistung ausgesandt wurden. Inzwischen hat der Dampfer seine Passagiere gelandet.

### Die Ausmistung des Augiashalles.

Konstantinopel, 1. September. (B. L. V.) General Ahmed-Affif-Pascha, ehemaliger Chef der Intendant des Kriegsministeriums, wurde verhaftet und eine Untersuchung wegen Veruntreuungen gegen ihn eingeleitet.

Konstantinopel, 1. September. (B. L. V.) Die Untersuchung gegen den ehemaligen Marineminister Rahmi Pascha hat begonnen.

### Neun Gefangene erschossen.

Konstantinopel, 1. September. (B. L. V.) Bei der Verhinderung eines Fluchtversuchs von Gefangenen im Gefängnis von Sparta (Wilajet Rontia) wurden von dem intervenierenden Militär 9 Gefangene erschossen und 5 verwundet.



Verbandsstag des Zentralverbandes der Maurer.

Hannover, 31. August.

1. Verhandlungstag.

Silberschmidt-Berlin als Vorsitzender teilt zunächst mit, daß auch diesmal wieder die Bruderorganisationen des Auslandes vertreten sind. Erschienen sind Siedel-Wien und Achterberg-Amsterdam von den dortigen Organisationen; angemeldet sind außerdem Vertreter aus der Schweiz, Italien, Ungarn, Dänemark und Norwegen. Den erschienenen ausländischen Vertretern entbietet Silberschmidt den Gruß des Verbandstages, ebenso den beiden Vertretern des Bauhilfsarbeiterverbandes.

Das Wort nimmt alsdann Bömelburg zur Erstattung des Vorstandsberichtes.

Er weist auf den seit dem letzten Verbandstage erfolgten Uebertritt der freien Vereinigung hin und begrüßt deren Mitglieder, die zum ersten Male am Verbandstag teilnehmen. Er hofft, daß sie daraus die Ueberzeugung mitnehmen, daß sie früher den Zentralverband zu Unrecht bekämpft haben. Bömelburg widerlegt dann die Gründe, mit denen von mehreren Seiten die gegenwärtige Abhaltung eines Verbandstages bekämpft sei, und zwar merkwürdigerweise gerade von jenen, die mit den Maßnahmen des Vorstandes in den letzten Jahren nicht einverstanden seien. Der Verbandstag rechtfertigt sich aus den Verhältnissen, den drohenden Erwartungen kommender Kämpfe im Jahre 1910. In seiner Berichterstattung bezieht Bömelburg sich auf den gedruckt vorliegenden Bericht für das Jahr 1907, dabei besonders den großen Rückgang der Mitgliederzahl hervorhebend. Dieser Rückgang habe auch im Jahre 1908 angehalten. Das 1. Quartal 1908 weise gegenüber dem 1. Quartal 1907 ein Minus von 10 885 auf, und das 2. Quartal 1908 gegenüber dem 2. Quartal 1907 ein Minus von 21 995. Die Ursachen des Rückganges liegen zum Teil in der Erhebung des Extrabeitrages und den Lohnbewegungen, in der Hauptsache aber in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise mit ihrer großen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe speziell in den großen Orten, wo die Zahl der beschäftigten Personen stetig gesunken sei, während in den kleineren Orten bis 10 000 Einwohner die Zahl der beschäftigten Personen seit 1905 gefallen sei und im gleichen Maße auch die Organisation sich entwickelt habe. In den Großstädten habe die Arbeitslosigkeit viele Mitglieder dem Verbande den Rücken kehren lassen, andere seien auch in andere Berufe mit besserer Arbeitsmöglichkeit und damit teilweise auch in andere Verbände übergetreten. Andererseits sei zu beklagen, daß diejenigen Mitglieder, die infolge der Arbeitslosigkeit von den großen Städten aufs Land zurückwanderten, hier sich nicht der Organisation anschließen. Das beweise, daß sie noch nicht das nötige Klassenbewußtsein hätten. Sobald die wirtschaftliche Krise und damit auch die Arbeitslosigkeit überwunden sei, sei bestimmt auch ein Wiederauwachen der Organisation zu erwarten. Die Wirkungen der Krise äußern sich augenfällig auch in den Summen der gezahlten Unterstützungen; z. B. sei die Reiseunterstützung so hoch wie nie zuvor, ebenso in jenen Unterstützungsfällen, die mit der Nachfrage nach Arbeitskräften schwanken, wie der Gemahregeleitunterstützung. Die gesamte Unterstützungssumme sei gegenwärtig weit über 100 Proz. höher als in früheren Perioden. Was die Finanzlage betrifft, so könne man darauf mit Befriedigung blicken. Das Vermögen betrage zurzeit 3 744 822,84 M., das sind zirka 300 000 M. mehr als am Schlusse des Vorjahres. Gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1907 betrage die Steigerung der Zunahme über 100 Proz. Vom 23. August 1906 bis Ende 1906 hätten 700 000 M. als Vermögen angelegt werden können. Das gleiche sei zu erwarten für dieses Jahr. Er hoffe, daß es mit einem Vermögen von 4 1/2 Millionen Mark abschließen werde. Zu diesem Verbandvermögen komme noch das Vermögen der Gau- und Lokalkassen, so daß die Organisation dann über ein Vermögen von 6 Millionen Mark verfügen werde. Angesichts dieser Verhältnisse sei der Vorstand der Meinung, daß trotz der für 1910 drohenden Kämpfe mit dem Unternehmertum von der Erhebung eines Extrabeitrages im nächsten Jahre werde abgesehen werden können. In der Zahlung des letzten Extrabeitrages herrsche teilweise eine große Raubheit, die entschieden verschwinden müsse, sonst sehe sich der Verband vor die Notwendigkeit gestellt, wenn die Zukunft größere Ausgaben erfordere, die mit der regelmäßigen Einnahme nicht zu bestreiten seien, von der Erhebung von Extrabeiträgen abzusehen und andere Mittel in Erwägung zu ziehen. Bömelburg geht dann kurz auf die gewerkschaftlichen Unterrichtsfrage

ein, dabei mitteilend, daß die Kosten dafür in Zukunft auf die Verbandskasse übernommen würden. In bezug auf die

Parteischule

habe die Generalkommission mit dem Parteivorstande die Vereinbarung getroffen, daß 10 Stellen an der Parteischule Mitgliedern der Gewerkschaften vorbehalten werden. Der Vorstand bitte um die Ermächtigung, in den nächsten Jahren je nach Lage der Verhältnisse ein oder zwei Mitgliedern des Maurerverbandes die Möglichkeit geben zu können, an dem Unterrichte der Parteischule teilzunehmen. Des weitern verteidigt der Redner die vom vorigen Verbandstage beschlossene Gehaltskala für die Verbandseingestellten gegenüber mehrfacher Kritik. Die verhandlungsseitige Festsetzung dieser Gehaltskala sei ein großer Segen für den Verband, denn dadurch sei der ekelhafte Streit darüber aus den Zweigvereinen herausgenommen, wo oft aus rein persönlichen Motiven in bezug auf die Angestellten und deren Gehälter an die Massen appelliert sei. Nicht zustimmen könne er dagegen der Forderung, mit den Angestellten Verträge abzuschließen. Die Gewerkschaftsangeestellten seien nicht mit den Staats- und Kommunalbeamten usw. auf gleiche Stufe zu stellen, dürften ihre Anstellung nicht lediglich als eine gesicherte Poststelle ansehen und nicht fragen, ob ihre Arbeitszeit genau innegehalten oder, wenn sie, weil keine Arbeit mehr für sie vorhanden ist, entlassen würden, die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches nicht verletzt seien. Die Gewerkschaftsangeestellten müßten mit ihrer ganzen Person im Dienste der Sache stehen. Die Agitation müsse angeht die rückläufigen Mitgliederbewegung und der wirtschaftlichen Verhältnisse und angesichts des Umstandes, daß dem Verbande schwere Zeiten bevorstehen, in der nächsten Zeit viel ernster und intensiver betrieben werden. Man müsse wieder in die Wohnungen der Kollegen hineingehen und sich nicht darauf beschränken, ihnen ein Flugblatt durch die Türspalte zu stecken. Wenn das geschehe und jeder an der Agitation mitwirke, werde der Rückgang schon in diesem Jahre aufhören und es im nächsten Jahre wieder vorwärts gehen. Wenn die gewerkschaftliche Organisation ihre Aufgabe erfüllen solle, dann sei es notwendig, daß die Mitglieder genau über das Wesen unseres modernen privatrechtlichen Wirtschaftssystems unterrichtet seien. Dem solle eine Broschüre dienen, die der Vorstand im nächsten Jahre herausgeben werde. Ebenso sei eine statistische Erhebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse veranstaltet, deren Ergebnisse demnächst veröffentlicht werden würden. Schon jetzt lasse diese Statistik die Wirkungen der Krise, zugleich aber auch den Wert der Organisation in solchen erkennen. Von 1183 Lohngebieten sei nur in 140 eine Lohnreduzierung von durchschnittlich 1,84 Proz. eingetreten, darunter 46 Bezirke, in denen keine Organisation bestehe. Demgegenüber sei seit 1907 in 738 Lohngebieten mit rund 800 000 Kollegen eine Lohnreduzierung von durchschnittlich 2 1/2 Pf. pro Stunde zu verzeichnen. Bei der wirtschaftlichen Krise von 1900—1902, die nicht so schwer wie die gegenwärtige gewesen sei, sei in 200 Lohngebieten mit rund 40 000 Maurern eine Lohnreduzierung von 1 1/2 Pf. eingetreten, in 352 Lohngebieten mit 44 000 Maurern eine solche von 2 1/2 Pf. Rund 30 Proz. der Maurer seien damals von den Lohnreduzierungen getroffen. Die seit 1900 wesentlich gewachsene und gestärkte Organisation habe also in der gegenwärtigen Zeit der schweren Krise sich in hervorragender Weise bewährt. Bömelburg geht dann noch auf einige innerorganisatorische Fragen in bezug auf die Abgrenzung der Gauen ein, ferner auf die Notwendigkeit der Schaffung eines Leitendes für die Verwaltungsbeamten und auf sonstige verwaltungstechnische Fragen, die nicht allgemein interessieren. Zum Schluß bemerkt Bömelburg, daß er davon absehe, wie wohl am Schlusse die Referenten in solchem Falle zu tun pflegen, um „Rückblick“ oder „wohltuende Kritik“ zu bitten. Das könne mißverstanden werden. Er fordere im Gegenteil, daß ein jeder, der der Meinung sei, daß der Vorstand seine Pflicht nicht getan oder die Interessen des Verbandes geschädigt habe, hier seine Kritik frei und offen vorbringe. Das sei notwendig im Interesse des Verbandes. Dabei aber solle man dann nicht mehr nörgeln, sondern jeder an seinem Plage mit aller Energie für den Verband eintreten.

Dem Bömelburgschen Bericht schließen sich an der des Kassierers Köster und der Kochs im Namen der Revisoren, die sich auf ihren gedruckt vorliegenden Bericht beziehen und wesentlich anderes nicht vorbringen. Die Revisoren beantragen für den Vorstand Entlastungsbereitschaft. Der Ausschussbericht, den Daehne erstattet, liegt gleichfalls gedruckt vor. Redner erörtert nur noch einige Beschwerden und deren Erledigung. Ebenso bezieht sich Paepow in seinem Bericht über das Verbandsorgan, den „Grundstein“, auf den gedruckt Bericht, sich auf die Darlegung allgemeiner Natur über die Verhältnisse in der Druckerei, Expedition und Redaktion des „Grundstein“ beschränken, die ein weiteres Interesse nicht haben.

Schaudernd ab, in so unmittelbarer Nähe des fremden Leichen ihre Nachtruhe zu suchen und eilten wieder hinaus auf die Straße. Die Obdachlosen wurden angewiesen, Kuananummlinge nach der Morgue zu schicken, und Eintrittsbillets kamen zur Ausgabe. Aber die Billets waren schnell vergriffen und da keine anderen zur Hand waren, mußte man sich entschließen, sie mit — Freihilfskarten zu versehen. Auf den Straßen vor den Nachtställen sammeln sich die Männer und Frauen, die ihr Billet zur Morgue abholen wollen, am Abend drängen sie zu Hunderten in den weiten Saal, und in den Raum, wo sonst nur das Schweigen des Todes herrscht, hält dann das lebende Element seinen Einzug und kriecht schauernd auf die rasch aufgeschlagenen Bänke oder die eisernen Lagergestelle, die noch an ihre frühere Bestimmung erinnern. Es sind fast alles Leute, die wochenlang unter keinem Dach geschlafen haben und nun nur durch den Bitterungsumschlag veranlaßt wurden, die Hilfe der Behörden und die öffentliche Fürsorge in Anspruch zu nehmen.

Humor und Satire.

Was Medlenburg sagt.

Der Kaiser von China erläßt ein Edikt, Das die Verfassung in Aussicht rückt! De Zmitatshon ist klar zu merken Nach den Persern und nach den Türken. Der Mann ist nicht überlegt genug, Sein Land ist viel zu jung — zu jung! Wir warten damit Jahrtausende, es' sich's Mal machen läßt im Lande Dräffig. Den gottlosen Kaiser trifft Peckung und Schwefel, Freche Uebereilung bleibt ein Frevel. Und wenn ich ihm auch nichts Böses wünsch' — Er ist einen leichtsinnigen jungen Wusch! Tja — leben wir auch in verrückten Zeiten, Wo sich die Epidemien verbreiten. Wir lassen uns dadurch nicht verführen, Man soll nicht alles gleich imitieren! Wir bleiben abseht abseht. Wir lachen und lachen, es geht uns gut. Gottlieb! Da kannst du lange reden! Du dämlichen Kerl! Lat mi tofreden! (Gottlieb im „Tag“.)

— Trost des Altären. „Wenn sie mir's zu bunt treiben, wander' ich nach Preußen aus.“ — Abgelehnt. „Wie können Sie so etwas sagen, die Ehen werden doch im Himmel geschlossen.“ — „Natürlich, sonst könnte man doch hinterher nich aus den Wolken fallen.“ (Simplicissimus\*)

Nachdem die Wahlen der 15gliedrigen Statutenberatungskommission und der Beschwerdekommission noch erledigt sind, wird die weitere Sitzung auf Nachmittags verlagert.

In der Nachmittags-Sitzung erstattet Gasse-Berlin den Bericht der Mandatsprüfungs-kommission. Danach sind 252 Delegierte anwesend, die 206 Wahlabteilungen vertreten, ferner 22 Gauvorsitzende. Alsdann beginnt die Diskussion über die in der Vormittags-Sitzung erstatteten Berichte mit den dazu vorliegenden Anträgen, welche den ganzen Nachmittag in Anspruch nehmen.

Soziales.

Die Geldsucht der Innungsmeister und die Geldnot der Innungs-Krankenkasse!

In einer überaus stark besuchten Generalversammlung der Tischler-Innungskrankenkasse Berlins nahmen am Montag die Delegierten Stellung zur Erhöhung der Beiträge sowie zu dem in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ veröffentlichten Schreiben des Innungsvorstandes an den Vorstand der Innungskrankenkasse.

Der Vorsitzende der Kasse, Gath, gab an der Hand eines reichhaltigen Altematerials in ruhiger, sachlicher Darstellung einen überblick über die Verhältnisse der Kasse. Der Redner führte aus: Was den Ton des Schreibens anbelangt, ist der Vorstand der Meinung, daß man von Leuten, die bessere Umgangsformen nicht kennen, nichts anderes verlangen kann. Früher als wir erwartet, muß der Vorstand an die Generalversammlung herantreten zwecks Erhöhung der Beiträge. Die Erwartungen, die sich an die erhöhten Beiträge knüpfen, haben sich nicht erfüllt, weil sie zu spät genehmigt wurden. Auch die Hoffnung auf eine Besserung der Geschäftslage hat sich nicht erfüllt. Die Kasse hat zurzeit ein Vermögen von 125 000 M. in Wertpapieren. An Darlehen sind entnommen 50 000 M., die Kasse besitzt demnach noch 75 000 M. Redner gibt in Zahlen die Unkosten und Ausgaben der Kasse an. Danach bleiben dieser noch 23 000 M. Welche Ursachen sind es nun, die die Kasse so ungünstig belassen? In erster Linie die schlechte Geschäftslage. Durch die Arbeitslosigkeit ist ein Teil der Mitglieder dazu übergegangen, ihre Zeiten auszuheulen, sich auskurieren zu lassen, während sie in der glänzenden Konjunktur die sich zeigenden Krankheits Symptome weniger beachten. Auch machen diese sich in der guten Zeit weniger bemerkbar, da die bessere Lebensweise dem Körper die nötigen Kräfte verleiht, in der Krise aber die Folgen der Unterernährung sich in ihrem ganzen Umfange zeigen. Aber auch die soziale Rücksichtslosigkeit der Arbeitgeber trägt ihr gut Teil dazu bei, günstige Verhältnisse in der Kasse nicht aufkommen zu lassen, so der feste und hartnäckige Widerstand derselben gegen jedwede Beitragserhöhung. Die durchschnittliche Zahl der männlichen zahlenden Mitglieder von 1904—1907 betrug 19 484. Hiervon sind 1800 Lehrlinge. Wäre der vom Vorstand beantragte Beitrag von 75 Pf. angenommen worden, so hätte dieser Beitrag bis zu der Zeit, wo er beschloffen wurde, 1907, folgendes Resultat ergeben:

3 218 488 Beiträge a 0 Pf. = 299 603,02  
827 600 a 3 = 9 828,00  
290 491,02

Selbst wenn der Vermittlungsvorschlag von 72 Pf. angenommen worden wäre, hätte derselbe noch eine Mehrerhebung von 199 661,28 M. ergeben. Ein großer Teil der Arbeitgeber zahlen die Beiträge nicht. Mindestens 3000 Zahlungsaufforderungen mußten an Meister zugestellt werden, gerade zweimal so viel wie 1905. Redner weist zahlungsgemäß an der Hand des Altematerials nach, wieviel Exekutionen vollzogen werden mußten und wieviel davon fruchtlos verliefen. In den Jahren 1903—1906 mußten 24 582,86 M. niedergelegt werden.

Wenn in geradezu hinterlistiger und häßlicher Weise in dem Artikel der „Fachszeitung“ die Mitglieder beschuldigt werden, daß, wenn sie arbeitslos sind, sie sich krank melden, um der Organisation die Unterstützung zu ersparen, so ist auch dies zahlenmäßig als eine faule Dünge nachzuweisen. Uebrigens waren stets zwei ständige Kontrolleure und zeitweise noch zwei Hilfskontrolleure tätig. Was bezüglich der „Kassenkassen“ gesagt wurde, stimmt nicht, wohl aber ist es Tatsache, daß beim Nachlassen der guten Konjunktur stets die schwächlichen und gedrücktesten Arbeiter zuerst entlassen werden. Vor Jahresabschluss 1907 forderte noch die „Fachszeitung“ der Meister, wohl auf Eingebung des Herrn Mahardt, auf, auf keinen Fall Arbeitszeitentziehung vorzunehmen, sondern recht viel Arbeiter zu entlassen, was an Brutalität und Rücksichtslosigkeit alles bisher Dagewesene weit übertrifft und gewiß nicht dazu beiträgt, die

Notizen.

— Der Wortlaut der Goetheschen Geburtsurkunde, die, wie wir kürzlich berichteten, einem Archibied zum Opfer gefallen ist, lautet:

Betauft in Frankfurt Seite 428.  
Freitag, den 29. ds.

Goethe, der Hochadelgebohrne und Hochgelahrte

Herr Johann Caspar: Ihre Königl. Kaiserl. Majest. würkl. Rath und Veder-rechten Dokt. alhier: dann S. L. Frau Catharina Elisabetha; dessen Eheconfortin geb: Tectorin, ein gestern Donnerstags Mittags zwischen 12 und 1 Uhr gebohrnen Sohn und 1tes Kind „Johann Wolfgang“ der hierzu erbetene Herr Gebohrer war der Frau Kindbetterin leibl. Vatter, der Wohlgebohrne Herr Herr Johann Wolfgang Tector, Hochansehlicher Reichsgerichts Schultheiß als wie auch Ihre Königl. Kaiserl. Majest. würkl. Rath.

— Väterbuden auf Kirchweihen. Wehlich den Versuchen des Dürerbundes, auf der Leipziger Messe für die Preiskhaltung billiger und guter Wäber zu sorgen, hat neuerdings auch der Rhein-Mainische Verband für Volkshilfliche Verkaufsstellen für billige Wäber an kleineren Bahnhöfen errichtet. Schon vor zwei Jahren erzielte dieser Verband, wie der „Fachs. Ztg.“ geschrieben wird, mit der Ausstellung einer Wäberbude auf Kirchweihen einen relativ günstigen Erfolg. In den Wäberbuden waren die Hefte der Wiesbadener Volksbücher und ähnlicher Sammlungen sowie auch billige Kunstwart-Reproduktionen zu kaufen.

— Weingartner und die Generalintendantur der Igl. Schauspiele haben sich wieder vertragen. Als Sühne für seine Obstruktion wird der Dirigent eine größere Summe an die Orchesterwitwenkasse zahlen.

— Taglionis Ballett „Sardanapal“, das jetzt wieder aus der Verrentung hervorgeholt worden ist, wurde zum erstenmal am 21. April 1895 im Berliner Opernhause gelangt.

— Aus Brönlands Tagebuch, eines der beiden Begleiter des Nordpolfahrers Nylins-Griffon, wird jetzt der Inhalt der noch nicht bekannten Blätter mitgeteilt. Sie sind in grünländischer Sprache geschrieben und enthalten eine lange Reihe von Mitteilungen von Mai bis November 1907, aus denen hervorgeht, daß die Teilnehmer der Spezialexpedition monatelang Entschuldig haben leiden müssen, daß sie aber bis zum letzten Atemzuge wie Helden gegen das Schicksal gekämpft haben. Vereis Mitte Mai gingen der Proviant aus und auch Hundesutter war nur spärlich vorhanden. Die Schanze wurde vollständig abgenutzt und man mußte auf dem schwarzen Eis mit nackten Füßen gehen. Die Jagd gab nur wenig Erbares, und die Hunde litten demnach Hunger, daß sie sich über das Wenige, das dann und wann beschafft werden konnte, wie wilde Bestien stürzten. Am 23. August heißt es: „Wir haben keine Kräfte mehr und sind entsetzlich hungrig; ich machte einen Ausflug, tötete einen Hasen und verzehrte roh Leber und Herz.“

Kleines Feuilleton.

Ein Lob des Trinkwassers. Sehr viele Menschen trinken nicht nur in dem Maße, das erforderlich wäre, um ihren Durst zu stillen, sondern sie trinken, weil ihnen der Trank „schmeckt“. In dieser weitverbreiteten Gewohnheit liegt, wie der „Lancet“ hervorhebt, eine sehr allgemeine und nicht zu unterschätzende Gefahr. Sie verführt nämlich leicht zu einem Uebermaß. Der Organismus ist nicht in allzu großer Weise fähig, zu empfinden, was ihm wohl tut und was nicht. Bei der Aufnahme von Getränken ist biologisch die Stillung des Durstgeföhls, der Rasthab für das „Genug“. Wer also dem Genuß der Liebe trinkt, wird sehr leicht über das Ziel hinausgeschossen und damit den physiologischen Mechanismus in unnatürlicher Weise beanspruchen. Diese Tatsache ist für einen großen Teil der Fälle von Trunksucht und anderer gesundheitschädlicher Dingen hasibar. Ein durstiger Mensch, der seinen Durst nicht stillen kann, wenn sein Getränk nicht irgend ein geschmackreizes Mittel enthält, hat bereits eine gesundheitschädliche Gewohnheit angenommen, die man in sehr strengem Sinne als krankhafte Gewohnheit bezeichnen könnte. Der Alkohol des Weins und Biers, die Alkaloide des Kaffees und Tees, die Bestandteile des Bittern, die Kohlensäure im Sodawasser sind alles Reizmittel und führen dem Organismus Dinge zu, die über das durststillende Getränk hinausgehen. Sie lösen daher nicht den Durst in dem Sinne wie reines Wasser. Das gewöhnliche Trinkwasser kommt leider immer mehr in Verruf. Bazillenfurcht oder Angst vor „Injektion“ erzeugen den falschen Glauben, daß Aufsetzen von Spirituosen, Malz oder anderen Dingen das Wasser „besser“ mache; die Gefahr dieses Uberglaubens springt in die Augen, da sie es mit sich bringt, daß unter dem Antriebe großen Durstes ungeheure Mengen von Alkohol, Tee, Zamin, Kohlensäure und dergleichen Dinge mehr aufgenommen werden, die früher oder später ihre Folgen geltend machen und auf die Dauer den Organismus in ernstlicher Weise angreifen. Es gibt natürlich Fälle, wo ein stimulierender Zusatz aus medizinischen Gründen geboten ist, wenn es sich aber darum handelt, den Durst zu löschen, ist reines Wasser das gesündeste Getränk.

Die Morgue als Nachtstall. Aus New York wird berichtet: Die gewaltigen Stürme und Unwetter, die jetzt über die amerikanische Metropole hereingebrochen sind, haben die Obdachlosen, die während der heißen Sommermonate am Strande und im Freien sorglos kampierten, in eine schlimme Lage gebracht; zu Hunderten strömen sie in die Stadt und suchen in den städtischen Obdachhäusern Unterkunft für die Nacht und Schutz gegen den wütenden Sturm. Die vorhandenen Räume vermochten den plötzlichen Andrang nicht zu bewältigen. Hunderte mußten fortgeschickt werden und schließlich entschloß man sich, um die Bedauernswerten nicht in den Sturm und Regen hinauszuweisen, die Morgue zu öffnen. Im Ru war der zur Verfassung gestellte Saal bis zum letzten Winkel gefüllt. Nur wenige Ubergläubische lehnten es



Rasse zu entlassen. Von einer Inanspruchnahme der Krankenkasse, um die Krankenkasse zu schonen, kann deshalb keine Rede sein, weil der Verband ja keine Krankenkassenunterstützung ohne weiteres ausbezahlt.

Die letzte Erhöhung der Leistungen wurde beschlossen am 23. Februar 1909. Die Dauer der Unterstützung wurde von 26 auf 52 Wochen festgesetzt. In seinen weiteren Ausführungen stützt sich der Redner auf ein umfangreiches Zahlenmaterial. Es sei zwar langweilig, Zahlenreihen anzuhören, aber er könne dies nicht umgehen, da sonst doch eventuell der Vorwurf entstehen könnte, es sei alles nicht wahr. Hiermit sei wohl der Beweis erbracht und sei es unumstößlich festgestellt, daß die Ansprüche gegen die Kasse, wie sie das erwähnte Schreiben enthält, jeder Berechtigung entbehren und von einer Verwirklichung der Kasse anspruchlos nicht gesprochen werden können. (Lebhafte Beifälle.)

Übermeister Ahabardt, der dann das Wort nahm, führt aus: Er sei wohl infolge seiner langjährigen Tätigkeit in Krankenkassen befähigt, über Massenangelegenheiten zu urteilen. Bis zum Jahre 1900 wurden 45 Pfennig Beiträge gezahlt. Die Kasse unterstützte 52 Wochen. Jetzt sind die Beiträge enorm gestiegen, und was leistet die Kasse heute mehr? Hier schieben alle sozialpolitischen Momente aus; die Krankenkasse sei für wirklich Kranke da und nicht für Hauskranken. Es falle ihm nicht ein, die Mitglieder in ihren Bezügen zu kürzen. Heute würden aber die Krankenkassen ausgebeutet. Dagegen bestehe nur eine gute Kontrolle. Die Arbeiter aber nehmen dies Epigelen, sagen, es sei für einen Arbeiter entwürdigend, wenn er seinen Kollegen beispielemäßig. Da solle man doch die Kontrolle ruhig den Arbeitgebern überlassen, sie würden dieselbe gern übernehmen. Die Kasse sei zerrüttet, sie sei pleite. Und wenn ein Kaufmann pleite ist und dennoch seine Ausgaben erhöht, so ist das betrüblicher Vorfall. Wann werde die Beitrags-erhöhung nicht nötig? Regelmäßig nach Streiks oder Ausperrungen.

Jetzt ist die Kasse pleite und dabei sind die Lebensbedingungen und die familiären und hygienischen Einrichtungen bedeutend besser wie früher. (Zwischenrufe: Aber nicht durch Sie!) Nicht den jetzigen Beamten wolle er Vorwürfe machen, wohl aber der Verwaltung insgesamt. Die Bezeichnung „Scharfmacher“ sei ihm zu dünn, als daß er darauf reagiere. Die Leistungen der Kasse sollen nicht herabgesetzt werden, wohl aber soll man eine richtige Kontrolle einführen. Betrachten Sie, meine Herren, die Krankenkasse nach wie vor als eine Unterstützungskasse, so zwingen Sie uns, daß wir an die Aufsichtsbehörde herantreten. Er verlange Remesse in der Kontrolle, sonst gebe die Aufsichtsbehörde eine solche. Die Kasse, die keine Beiträge bezahlen und schuldig geblieben werden, erkenne er nicht als Kollegen an. Heute blieben mehr als drei Viertel aller Kranken unkontrolliert. Auch die Liberalität der Ärzte habe viel verschuldet, infolge der niedrigen Bezahlung und der Überlastung kämen diese gar nicht zu einer richtigen und sachgemäßen Untersuchung der Kranken. Es müssen unbedingt Vertrauensärzte angestellt werden. Ebenso eine Hilfskraft von Seiten der Meister als Kontrolloren. (Stürmische Zurufe: Meinde, Meinde!) Meine Herren! Es macht mir Vergnügen, daß Sie einstimmig die Anstellung dieses Herrn verlangen. (Große Heiterkeit.) Wir wollen nur für Kranke bezahlen und machen unsere Unterstützung zu der Erhöhung der Beiträge von den in unserem Schreiben aufgestellten Bedingungen abhängig. Wir haben das Wohl der Kasse im Auge, Sie aber verfolgen Nebenwende. (Stürmische Unterbrechungen.)

Der 2. Mandant Engmann polemisiert gegen die Ausführungen des Vorredners an der Hand des Altmaterialien. Für die Aufsichtsbehörde sowie für den Massenvorstand seien die Gutachten der Ärzte einzig und allein maßgebend. Selbst wenn die Herren Arbeitgeber ihre Drohung wahr machen, werden sie bei der Aufsichtsbehörde in diesem Falle wenig Glück haben. Nur ein Drittel der Kranken bleibt zur ständigen Kontrolle, die übrigen sind in Krankenhäusern, Heilanstalten oder bettlägerig. Die Kontrolle könne die Zahl der Kranken nicht verringern. Von 42 Nachuntersuchungen wurden 21 wieder für arbeitsunfähig erklärt. Von Pleite kann nicht gesprochen werden, Herr Ahabardt müßte das bei seiner langen Erfahrung auf diesem Gebiete selbst wissen.

Erner: Wir sind alle darin einig, daß zurzeit der Stand der Kasse nicht sehr günstig ist und wir Mittel und Wege finden müssen, wie die Lage besser gestaltet werden kann. Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß eine Erhöhung der Beiträge eintreten muß, wenn die Leistungen auf der derzeitigen Höhe erhalten bleiben sollen. Herr Ahabardt sei noch ebenso rückständig wie früher. Die Arbeitgeber, die nicht wünschen, daß jetzt eine Erhöhung der Beiträge eintrete, waren es selbst, die zu jener Zeit, als es möglich war, die Lage zu bessern, sich weigerten, den berechtigten Vorschlägen zuzustimmen. Jetzt mögen sie sich bei ihrem Obermeister bedanken. Wenn Herr Ahabardt sage, die Missetat wäre durch eine strengere Kontrolle beseitigt worden, so habe er vergessen anzugeben, wie das bewerkstelligt werden kann. Wenn die Herren Kranke gesund beten können, so sind wir sofort bereit, sie als Gesunde einzustellen. Wenn unter 5 Proz. Simulanten beschimpfen. Die Arbeitgeber seien selbst schuld an den jetzigen Zuständen. Bei der letzten Ausperrung mußten 2000 junge, gesunde Mitglieder abreisen, während im ganzen Deutschen Reich nicht nur körperlich,

sondern auch moralisch minderwertige Elemente als Streikbrecher angelockt wurden. (Lebhafte Zustimmung.) Auch wenn die Arbeitgeber freiwillig kontrollierten, läme nichts heraus. (Zurufe der Meister: 50 Proz. verdienen wir dabei! Losende Heiterkeit.) Wenn die Herren bei der Aufsichtsbehörde ebenso unzufrieden auftreten wie in dem Schreiben und wie hier, so wird diese sagen: die Arbeiter sind doch noch bessere Leute.

Der Vorsitzende rügt diese Äußerungen als unparlamentarisch. Die Arbeitgeber verlassen bis auf wenige demonstrativ den Saal.

Beim Hinausgehen konnte es sich Herr Platen nicht verkneifen, die Arbeitnehmer mit dem zärtlichen Kosnamen „Hammelherde“ zu belegen.

Der Antrag, den Beitrag in der höchsten Klasse von 84 auf 96 Pf., das heißt auf 4 Proz. zu erhöhen, wird einstimmig von den Arbeitnehmern angenommen, 5 Meister stimmen mit Nein.

## Gerichts-Zeitung.

Noble Bauhöfen.

Welche schweren materiellen Schäden mitunter Bauhandwerker durch das nicht ganz einwandfreie Geschäftsgeschäft gewisser Bauunternehmer erleiden, zeigte wieder einmal eine Verhandlung, welche gestern die 1. Ferienkammer des Landgerichts III bestrafte. Wegen strafbaren Eigennutzes und Sachbeschädigung waren angeklagt: der Architekt Wilhelm Ruff, der Tischlermeister Wilhelm Haack und der Stuckateur Ewald Jändorf. — Eines Tages im Januar d. J. ereignete sich vor dem Reubau Vornholmer Straße 5 eine eigenartige Szene, die eine große Menschenansammlung verursachte. Vor dem bereits bis zur Abnahme fertiggestellten Reubau fuhr am Nachmittag etwa 30 Wagen vor und in kurzer Zeit hatten eine Anzahl Arbeiter sämtliche Fenster, Türen, Läden und Baumaterialien aufgeladen. Dieser Szene lag folgendes zugrunde. Auf dem fraglichen Grundstück war im Herbst v. J. ein Neubau begonnen worden, für welchen eine Firma Wiener u. Co. die Baugelder in Form einer Hypothek hergeben sollte. Die Fundamentierungsarbeiten waren schon beendet, als die Firma plötzlich mit den Baugeldern in Rückstand blieb. Da alle Verträge des Bauunternehmers Geld zu erlangen vergeblich waren, kam das Grundstück zur Subhastation. Ein anderer Bauunternehmer ließ sich verleiten, die weitere Ausführung zu übernehmen. Aber auch in diesem Falle blieben die Baugelder aus, so daß der Unternehmer mehrere Tausend Mark, die er aus eigener Tasche in den Bau hineingesteckt hatte, verlor. Auf diese Art und Weise war der Neubau bereits bis zur Fertigstellung im Rohbau geblieben, als eine zweite Subhastation eintrat. Nunmehr erwarb eine Terraingesellschaft „Nord“ den Bau und suchte zur weiteren Ausführung einen Bauunternehmer. Dieser fand sich in der Person des 20jährigen angeklagten Ruff, dem von seinem Vater ein Kapital von circa 20 000 Mark zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt worden war. Zwischen Ruff und der Firma Wiener u. Co. kam ein Vorvertrag zustande, nach welchem sich letztere verpflichtete, eine Hypothek von 40 000 Mark auf den Bau einzutragen zu lassen und diese Summe in Form von Baugeld vorher auszugeben und zwar in Raten je nach Fortschritt des Baues. Ruff erhielt auch die ersten Baugelder und ließ sich verleiten, aus eigener Tasche 22 000 Mark in dem Bau hineinzustecken, als die letzten Raten ausblieben. Es wiederholte sich nun das selbe Schauspiel wie schon vorher. Eines Tages sah der junge Bauherr ohne einen Pfennig Geld da, weil ihn die Firma Wiener im Stich gelassen hatte. Die Forderungen der Handwerksmeister hatten schon die Höhe von etwa 20 000 Mark erreicht, unter anderem hatte der Witangeklagte Haack, der die Tischlerarbeiten geliefert hatte, eine Forderung von 8000 Mark. Um wenigstens die Handwerksmeister vor Schaden zu bewahren, stellte es ihnen Ruff brieflich anheim, soweit es noch angänglich sei, ihre Materialien wieder aus dem Bau herauszurufen. Die Folge war die obengeschilderte Szene, bei welcher die Handwerker noch in aller Eile ihr Eigentum zu retten versuchten. Obwohl die Firma Wiener außer der einen Rate keinerlei weitere Zahlungen geleistet hatte, strengte sie gegen die sämtlichen Handwerksmeister einen Zivilprozeß an. In diesem ist bis jetzt durch Sachverständige festgestellt worden, daß die Firma Wiener u. Co. bei diesem Geschäft die „Reinigkeit“ von 31 000 Mark verdient, ohne dafür etwas geleistet zu haben. Dieser Verdienst setzt sich aus den Verlusten zusammen, welche die Angeklagten und die übrigen Handwerker erlitten haben. Außerdem erlittete die Firma W. auch noch gegen die drei Angeklagten Strafanzeige, so daß die drei, obwohl sie die Hereingefallenen waren, noch auf der Anklagebank Platz nehmen mußten. Vor Gericht erklärte der Kaufmann Wiener nämlich, daß seine Firma nicht den geringsten Schaden erlitten habe. Rechtsanwältin Höninger nahm deshalb Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Firma trotzdem einen Zivilprozeß gegen die Handwerksmeister angestrengt habe. Die Angeklagten gaben den Sachverhalt zu, behaupteten aber, daß sie sich bis zur Begleichung ihrer Forderungen einen Eigentumsvorbehalt ausbedungen hatten und deshalb berechtigt gewesen seien, ihr Eigentum wieder aus

dem Bau zu entfernen. Der Verteidiger machte geltend, daß nicht die Angeklagten, sondern jemand anderes auf die Anklagebank gehöre. Es handelte sich um den typischen Fall eines Berliner Bauhauwunders, bei welchem lediglich die Angeklagten die Leidtragenden wären. Der Staatsanwalt hielt die Anklage aufrecht und beantragte zwei beziehungsweise eine Woche Gefängnis. Das Gericht folgte jedoch den Ausführungen des Verteidigers, der mitteilte, daß gegen die betreffende Firma sofort Strafanzeige wegen Betruges erstattet werde und erklarte gegen alle drei Angeklagte auf Freisprechung.

### Ein Rohheitsakt

fürte den Vorfahrer Otto Lange wegen Verleumdung und Körperverletzung vor die Ferienkammer des Landgerichts I. Am Abend des 16. Februar ging eine Frau Lenz mit ihrem kleinen Hündchen die Faldensienstraße entlang, um ihren Mann aus einem Restaurationslokale abzuholen. Zu gleicher Zeit kam der Angeklagte, ein älterer Mann, gleichfalls mit seinem Hunde in dieselbe Straße. Die beiden Hunde gingen aufeinander los und zankten und bissen sich herum. Dem Angeklagten schien das Hundebußel riesigen Spaß zu machen, er hegte seinen Hund immer von neuem auf das andere Tier los. Als Frau Lenz dem Vorfahrer nahe legte, das Treiben einzustellen, kam sie bei dem gebildeten Herrn schlecht an. Schimpfwörter, wie „Triene“ und „Töle“ flogen an den Kopf der darob höchst erstaunten Frau Lenz. Während der Angeklagte langsam seiner Wohnung zuzuging, holte Frau Lenz ihren Mann aus der Restauration und meldete ihm den Vorfall. Der Ehemann wollte zunächst von dem Angeklagten Rechenschaft für die seiner Frau angetane Schmach fordern, er befand sich aber eines Besseren und wollte, als er den Angeklagten vor seinem Hause erreicht hatte, mit seiner Frau ruhig weiter gehen, nachdem er dem Angeklagten sein Befremden über dessen Verhalten ausgedrückt hatte. Er hatte sich aber kaum gewendet, als der Angeklagte der Frau Lenz eine so kräftige Ohrfeige versetzte, daß die Frau bis zur Bordstange flog und dort zur Erde stürzte. Der Angeklagte vergaß sich aber noch weiter und schlug mit seinem Spazierstock die Frau so wuchtig über den Kopf, daß der Stock zerbrach und die Frau das Bewußtsein verlor. Sie hat sich amtlich beschleunigen lassen, daß die Spuren des Gewaltaktes an ihrem Körper deutlich sichtbar waren. Das Schöffengericht hielt das Verhalten des Angeklagten einer Frau gegenüber für so strafwürdig, daß es auf einen Monat Gefängnis erkannte. In der gestrigen Verhandlung vor der Berufungskammer bestritt der Angeklagte die Angaben der Frau Lenz, die jedoch durch deren Ehemann und einem unbeteiligten Zeugen bestätigt wurden. Rechtsanwalt Dr. Münzer hielt die Sache dennoch nicht für ganz ausgemacht und beantragte ein non liquet, schärfstenfalls aber eine Geldstrafe, da der Angeklagte, dem von seinen Arbeitgebern das Zeugnis eines ruhigen Mannes gegeben werde, doch nur unter der Einwirkung des Alkohols entgleist sei und durch eine Gefängnisstrafe in seiner Existenz schwer geschädigt würde. Die Strafkammer änderte aus diesen Erwägungen die Strafe in 300 M. Geldstrafe ebent. 30 Tage Gefängnis an.

Der Hohlzug, der in so seliger und erbärmlicher Weise eine Frau schlägt, hat wirklich Glück gehabt, daß er ein „gebildeter“ Mann ist und durch eine Gefängnisstrafe in seiner Existenz schwer geschädigt würde. Wir kennen Fälle, in denen Arbeiter im Kampfe um tägliche Brot sich hinreichend ließen, Streikbrecher zu beschimpfen und diese Schimpfwörter mit mehreren Monaten Gefängnis büßen mußten.

### Ungetreuer Ortsvorsteher.

Vor der Strafkammer zu Griefen hatte sich der Gutbesitzer und Ortsvorsteher Barasjal aus Vartelsch wegen Unterschlagung von Schulgeldern zu verantworten. Barasjal erhielt vor einiger Zeit den amtlichen Auftrag, an den Baumeister Burg, welcher dortselbst eine Schule baute, 1800 Mark abzuführen. Er zahlte dem Baumeister jedoch nur 500 Mark aus und verwendete das übrige Geld für sich. Dem Distriktskommissar, welcher eine Revision der Schulkasse vornehmen wollte, erklärte er, daß er die Gelder aus der Schulkasse sowie auch die aus der Gemeindefasse misamt seinen Privatgeltern in einer Kasse führe und er seiner Ansicht nach zu einer besonderen Kassensührung nicht verpflichtet sei. Auch die Bücher waren nicht ordnungsgemäß geführt. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß er diese unklare Kassensführung nur vorgenommen habe, um den wirklichen Sachverhalt zu verschleiern; es verurteilte Barasjal daher wegen Unterschlagung von Schulgeldern zu 3 Monaten Gefängnis.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft gut, Preise festgehend. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise nicht betrübend. Fisch: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Mittwoch, 2. September.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Sardanapal.  
Anfang 8 Uhr.  
Königl. Schauspielhaus. Wie die Alten linsen.  
Deutsches. Medea.  
Kamerapiele. Frühlingserntchen. (Anfang 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.  
Lesung. Der Raub der Sabenerinnen.  
Neues. Außerhalb der Gesellschaft.  
Neues Schauspielhaus. Die Kinder der Erzellen.  
Kleines. 2X2-3.  
Römische Oper. Tiesland.  
Neubau. Der Floh im Ohr.  
Gebbel. Vom Tode. Die Stärkere.  
Mit Feuer spielen.  
Lustspielhaus. Die blaue Rana.  
Lilianen. Trübsinnigkeit — meine Frau.  
Wehen. Ein Holzraum.  
Schiller. O. (Kammer-Theater.)  
Der Herr Ministerialdirektor.  
Schiller. Charlottenburg. Das Stiftungsfest.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Egmont.  
Luzia. Eisenbahn Alexander.  
Thalia. Das Mitternachtsmädchen.  
Bernhard Rote. Das demoische Haupt.  
Metropol. Geschlossen.  
Apollo. Vera Violetta. Epigonalitäten.  
Gebrüder Herrnselb. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachleben.  
Wagner. Spezialitäten.  
Folies-Caprice. Die lästige Witwe.  
Die Wanzschau.  
Berliner Prater. Die Welt ein Karabell. (Anf. 7 Uhr.)  
Carl Haberland. Spezialitäten

### Neues Theater.

Außerhalb der Gesellschaft.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen u. folgende Tage: Außerhalb der Gesellschaft.  
Lortzing-Theater  
Belle-Alliancestraße 7/8.  
Heute 8 Uhr:  
Schauspiel Hedwig Lange.  
Zaza. 152/153  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Mittwoch, 2. September, Anf. 8 Uhr:  
Egmont.  
Donnerstag: Egmont.  
Freitag zum erstmalig: Als ich wieder kam.

### Schiller-Theater.

O. (Kammer-Theater.)  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Der Herr Ministerialdirektor.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Richter von Zalamea.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Stein unter Steinen.  
Theater des Westens.  
Abends 8 Uhr:  
Ein Walzertraum.  
Operette von Oscar Strauß.  
Sonntag, 6. September, nachm. 3 1/2 Uhr, zu halben Preisen: Die lustige Witwe.  
Residenz-Theater.  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Wiederauftreten v. Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
Der Floh im Ohr.  
Schwank in 3 Akten von G. Feydeau.  
Deutsch von Wolf-Jacobs.  
Morgen und folgende Tage: Der Floh im Ohr.  
Folies-Caprice  
Durchschlagender Erfolg!  
Die lästige Witwe.  
Die Brautschau. — Bunter Teil.  
Vorverkauf von 11—2 Uhr an der Theaterkasse.

### Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:  
Die blaue Maus.  
WINTERGARTEN  
Eröffnungs-Programm.  
The Zancigs — Joseph Josephi, Sänger — Ephraim Thompson, dressierte Elefant — Okabe, Japaner-Truppe — Die 5 Mowatt, Keulentruppe — Die 12 Tiller-Girls, engl. Gesangs- u. Tanztruppe — Cornelia und Eddie, amerikanische Exzentriks — Der Zukunftspreis, Wettrennen m. lebenden Pferden. — Karl Hertz, Zauberer. — Boyer de Lafory, französ. Sängerin. — Der Biograph.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 45/42.  
Abends 8 Uhr:  
Von der Zugspitze zum Watzmann.  
ZOOLOGISCHER GARTEN  
Täglich nachm. 4 Uhr:  
Gr. Militär-Doppel-Konzert  
Eintritt 1 M.,  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,  
Kinder unter 10 Jahren — die Hälfte.  
Apollo Theater  
Ab 8 Uhr: Die neuen Sensations-Akttionen. U. a.:  
Trilby und Svengali?  
Ruhm und Mysterium.  
Paul Spadoni  
der König der Krokodille. 9 1/2.  
Vera Violetta.

### Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entree.  
Der Riese aller Riesen  
Pisjakoff  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.  
Passage-Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Na endlich!  
Pariser Extravaganz mit  
Paulette van Roy  
und das kolossale  
Eröffnungsprogramm  
14 erstklassige Spezialitäten.  
Parodie-Theater  
Dresdener Straße 97.  
Cavalleria-Rustikana und die unheimliche Burleske „Berlin steht Kopf“.  
Anfang Sonnt. 8. Wochent. 6 1/2 Uhr.  
Berliner Ulk-Trio.  
Felix Scheuer  
Kralmsdr. 1.

### Hagenbeck-Schau

Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 218/8  
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.  
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.  
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.  
Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags hochinteressante Raubtierdrossur-Proben.  
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachsene u. 25 Pf. f. Kinder.



# Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Staatsanwalt Alexander.**  
 Donnerstag: Fischmann als Gelehrter.  
 Freitag: Helga.  
 Sonnabend: Staatsanw. Alexander.

# Metropol-Theater

Wegen Vorbereitung zur neuen Jahresrevue v. Julius Freund  
**Musik von Paul Lincke**  
 — bleibt das Theater bis inkl. —  
 Freitag, den 4. September, geschlossen.

# Reichshallen-Theater

Täglich:  
**Stettiner Säng.**  
 Anf. Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
 Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

# Gustav Behrens-Theater.

**Goltzstr. 9.**  
 Neu! Neu! Neu!  
**Am Strande von Helgoland.**  
 Ausstattungs-Operette.  
 Ueberrauschend von Gustav Behrens und 10 erstklassige Spezialitäten.  
 Tadellos Kinematograph.  
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr

# Fröhels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.  
 Täglich:  
**Mit vollen Segeln.**  
 Lebensbild in 3 Akten.  
 Dazu  
 erstklassige Spezialitäten.

# Brauerei Friedrichshain

Oekonom: **Ernst Liebing.**  
 früher Lipps, Am Königstor.  
 Vom 3. September 1908 ab auf kurze Zeit täglich:  
**Großes bayerisches Keller-Fest**  
 nach Sitten und Gebräuchen des **Münchener Oktoberfestes.**  
 Orig. bayr. Königskapelle, die Unterberger, die bayr. Schrammeln in Heimatstracht. — Gr. Fest-Aufführungen. Belustigungen jegl. Art. — Gr. Prämierungen sowie Gratisverlosungen. Bedienung durch ca. 30 oberbayr. Madia in Heimatstracht. Anf. 5 Uhr. Entree Wochentags 20 Pf. — Bei ungünstiger Witterung im großen Saal. Von 4-6 Uhr Kaffeekonzert bei freiem Entree.

# Germania-Prachtsäle

N. Chausseestr. 110. Carl Richter. N. Chausseestr. 110.  
**Heute Mittwoch:**  
**Gr. Eröffnungs-Soiree**  
 der Paul Manthey's lustigen Sänger  
 (ehemals Otto Steidl's Hamburger Sänger).  
 Auserwähltes Programm.  
 Eintritt 30 Pf.  
 Vorzugskarten gelten. X X X Nachdem: **Frei-Tanz.**  
 Jeden Sonntag: Paul Manthey's lustige Sänger und **großer Ball.**  
**Pansepantons** für diese Wintersaison gültig zu den Mittwochs-Veranstaltungen der Paul Manthey's lustigen Sänger sowie den Donnerstags-Militär-Konzerten sind im Kontor der Germania-Prachtsäle zu haben:  
 Preis für 1 Person . . . . . 1,50 M.  
 . . . . . 2,00 .  
 Familienkarten . . . . . 3,00

# Schwarzer Adler

Friedrichsberg. Frankfurter Chaussee 5.  
 Jeden Mittwoch:  
**Großes Militär-Konzert**  
 ausgeführt von der Jugendwehr.  
**Soiree der Apollo-Sänger.**  
 Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.

# Rauchen Sie Phänomen Cigaretten!

Devis: Qualität ist die beste Empfehlung.

# Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.  
 Mittwoch, 2. September, ab. 8 Uhr:  
**Die Dollarprinzessin.**  
 Operette in 3 Akten v. U. J. Willner u. F. Grünbaum. Musik v. Leo Fall.

# Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Ververk. 11-2 Uhr.  
 57 Kommandantenstr. 57  
**Das kommt davon!**  
 mit dem Vorspiel:  
**Es lebe das Nachtleben.**  
 Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.

# Schweizer Garten.

Am Königstor — Am Friedrichshain.  
 Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.  
 Jeden Abend **Berliner Leben.**  
 10 Uhr: **Vollständ. mit Gesang in 3 Bildern.**  
 Neben **Kinderfremdenfest.**  
 Vollbelustigungen. Kinematograph.  
 Entree 30 Pf.

# Sanssouci, Hoffmanns Norddeutsch. Säng.

Kottbuser Straße 6.  
 Direktion Wilhelm Kalmer.  
 Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutsch. Säng.**  
 und Tanztränche.  
 Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.  
 Der große Theaterplatz ist noch für einige Woch. woch. zu vergeben.

# W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.  
 Heute: **Geschlossen.**  
 Sonnabend, den 5. September 1908:  
 Eröffnung der Winter-Spielzeit!  
 Zum erstenmal:  
**Fremdes Blut.**  
 Schauspiel.

**JOSETTI JUNO**  
 Cigaretten.  
 Cigaretten „gerade so gut“  
 Kosten das doppelte und mehr.  
 10 St. für 20 Pfg.

# Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Hof. Börse.  
 Größtes  
**Spezialitäten-Theater Berlins**  
 13000 Personen fassend 3000!  
 Sonnabend, den 5. September 1908, 8 Uhr:  
**Beginn der 14. Wintersaison!**  
 Das erstklassige  
**Eröffnungsprogramm**  
 12 Attraktionen 12  
**Der Seefadett.**  
 Schauspiel in 3 Akten.  
 Galerie 30 Pf.

# Brunnen-Theater

Sabstr. 68. Direkt.: Willi Voigt.  
 Täglich:  
**Der Fluch des Goldes.**  
 Erstklassige Spezialitäten.  
 The Haros Kurt Ellys  
 Paul Coradini, Mr. King and Miss Cooke  
 Hüglers 8 wilde Königsböden.  
 Vorverkauf von 10 Uhr ab.  
 Sonnabend, 5. September: Große Benefizvorstellung für das Schauspiel-personal: **„Mit vollen Segeln.“**

# Stadt-Theater Moabit.

Hefstraße d. Berliner Kronenbrauerei.  
 Alt-Moabit 47-49.  
 Donnerstag, den 3. September:  
**Der Bureaukrat.**  
 Lustspiel in 4 Akten v. G. v. Moser.  
 Anf. der Vorst. 8, Konzert 7 1/2 Uhr.  
 Kasseneröffnung 7 Uhr.  
 Nach der Vorstellung: **Tanz.**

# Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Das vollständig neue September-Programm. — Erstklassige Spezialitäten.

# Volksgarten-Theater

— am Bahnh. of Gesundbrunnen. —  
 Heute:  
**Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Neues Riesen-Programm.  
 „Mit-Heidelberg die feine.“  
 Ab. 9 1/2 Uhr: Gadin II, Todessturz.

# Kaulsdorf

Über 100 Morgen  
 neu angelegtes Gelände,  
 5 Minuten vom Bahnhof

# 20 Pfennig-Tour

Wunderb. 2 1/2 hr. Anstehung, diege Weibungen, best. lechnig. Gartenbes. Gab. u. Kaffeezeit, gänzl. Bedienung, langjähr. Apparat. Jetzt noch  
 DR. von 10 M. an.  
 Auskunft auf unser. Lertain an d. Hönoverstraße u. im Bahnh. -Kest. Boby, Def.  
**Nieschalke & Nitsche**  
 Berlin, Neue Königstr. 10

# Casino-Theater

Kosfingstr. 57. Täglich 8 Uhr.  
**Familie August Knoche.**  
 Berliner Gesangsposse in 3 Akten.  
 August Knoche: Dir. Hans Berg.  
 Vorher d. glänzende Eröffnungsprogr.  
 Sonntag 4 Uhr: Der Brandstifter.  
 Hochgelobte.

# Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.  
**Berlin wie es weint und lacht.**  
 Volksstück mit Ges. in 3 Akten und erstklassige Spezialitäten.  
 Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr.  
 Im Saale: **Täglich gr. Ball.**

# Große Dampfer-Extrafahrten

nach **Wernsdorfer Schleuse** in der Nähe die **Gosener Berge.**  
 nach **Schillingsbrücke.**  
 Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch u. Donnerstag früh 9 1/2, Uhr, nachm. 2 Uhr, hin u. zurück 50 Pf.  
 Hierzu ladet freundlichst ein **Paul Schwedler,** Restaurant zum Ober-Spree-Kanal.  
 Son. nachmittags ca. 2 Uhr an (halb-)ständl. Sonntags 30 Pf., wochentags 20 Pf. nach **Kyffhäuser.**

# Fritz Wilkes Festsäle

500 Personen fassend, großartige Bühne, vollständig neu renoviert, 19. Sept., 3 u. 24. Okt. sowie mehrere Sonnabende und Sonntage in diesem und nächsten Jahre unter kulanensten Bedingungen noch zu vergeben. **Brunnenstr. 188, am Kolent. Tor. III. 4833. 41429\***

# Berliner Bock-Brauerei am Tempelhofer Berg.

Hiermit erlaube ich mir höflichst anzuzeigen, daß ich ab **1. Oktober cr.** die Oekonomie des obengenannten Etablissements übernehme. Ich gestatte mir gleichzeitig, die Festsäle in jeder Größe, bis 4000 Personen fassend, mit großem Musikpodium (anerkannt beste Akustik) zu Festlichkeiten, Kommissen, Versammlungen usw. bestens zu empfehlen und bemerke hierbei noch, daß ich seit vielen Jahren das weithin bekannte und beliebte Etablissement „Paul Schwarz“ Sommer-Theater und Neue Festsäle in Lichtenberg\* geleitet habe. 4081L\* Zur evtl. Rücksprache stehe ich jederzeit gern zur Verfügung und wird es mein eifrigstes Bestreben sein, mir die Gunst des geehrten Publikums im höchsten Maße zu erringen. Hochachtungsvoll **Max Schwarz,** Lichtenberg-Berlin, Dorfstraße 25-26.

# Spart Zeit, Arbeit, Geld!

Das **Washmittel** der **Zukunft!** Erzeugt dauernd **blendend weiße Wäsche.**  
**Persil**  
 Garantiert chlorfrei und unschädlich. Mildeputzmittel. **Henkel & Co. Düsseldorf**

# Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstr. 11.

Haben Sie schon einen Phonographen gratis bekommen?  
 Um unsere unübertroffenen Starten-Platten-Hartguß-Walzen überall bekannt zu machen, haben wir uns entschlossen, 2000 ff. Konzert-Phonographen zu verschenken. Näheres durch Prospekt grat. Postkarte genügt. Viele Dank-schreiben. **National-Phonograph-Kompagnie Dresden 16/441.**

# Richard Fenske

Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der **Lepfer**  
**Richard Fenske**  
 nach langem Leiden verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am **Donnerstag, nachmittags 5 Uhr,** von der Halle des neuen Luisen-Kirchhofes, Fürstendammer Weg, aus statt.  
 Witwe **Hedwig Fenske**  
 nebst Kindern. 41442

# Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

**Todes-Anzeige.**  
 Am Montag verstarb unser Mitglied, der **Lepfer**  
**Richard Fenske**  
 (Gruppe VI).  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am **Donnerstag, nachmittags 5 Uhr,** auf dem Luisen-Kirchhof, Fürstendammer Weg statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 250/14 **Der Vorstand.**

# Zentralverband der Töpfer Deutschlands

**Filiale Berlin.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am Montag, den 31. August, verstarb der Kollege  
**Richard Fenske**  
 im Alter von 41 Jahren.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am **Donnerstag, den 3. September,** nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes in Charlottenburg, Fürstendammer Weg, aus statt.  
 Rege Beteiligung wünscht  
 199/2 **Der Vorstand.**

# Verband der Lithographen, Steindruckere u. verw. Berufe.

(Deutscher Senefelder-Bund).  
 Am Sonntag, den 30. August, verstarb nach längerer Krankheit unser Kollege und Mitglied, der Oberbruder  
**Fritz Schulz**  
 im Alter von 63 Jahren an Lungenleiden. 290/11  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am **Mittwoch, den 2. September,** nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Stiglitzer Kirchhofe in der Bergstraße statt.  
 Die Verwaltung der Filiale I.

# Dankfagung.

Allen Teilnehmern und Kranz-spendern bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.  
**Familie Ebert.**

# Dankfagung.

Für die überaus herzliche und aufrichtige Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters, Bruders und Schwagers  
 12865  
**Eduard Willoweit**

# † Weimanns †

**Truermagazin**  
 Hauptgeschäft Berlin W., Mohrenstr. 37a, kein Schaufenster, und Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115, kein Schaufenster, erledigt seine Vertikungsfähigkeit und seine billigen Preise durch Raumerparnis u. geringe Ausgaben. Gewissmachende Auswahl in fertiger Traser - Garderobe für Damen und Mädchen. \*  
 Glaube mir, den Freunden, Bekannten und Genossen hiermit anzugeben, daß ich das  
**Blumengeschäft**  
 Berliner Straße 12 in **Rixdorf** übernommen habe und bitte bei Bedarf um geneigten Zuspruch.  
**Georg Wolfram.**  
 Von der Reise zurück 153/19  
**Dr. Paul Cohnhelm**  
 Spezialarzt f. Magen- u. Darmleida  
 Oranienburger Straße 89.  
 Von der Reise zurück  
**Hermann Katz,**  
 Landsberger Straße 71.  
 Für Zahnleidende 8 bis 8.  
 Zurückgekehrt 153/17  
**Dr. Felix Taendler.**  
 Von der Reise zurück  
**Dr. Ratkowski**  
 Spezialarzt für Magen- und Darmkrankheiten  
 153/14 Oranienstr. 141.







Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Falkenhagen-Seegefeld bei Spandau hat der Inhaber des einzigen bisher dort freien Lokals, Herr Schöneberg, seine Unterschrift zurückgezogen. Die gepflogenen Verhandlungen verliefen ergebnislos, da Herr Schöneberg ohne Angabe wirklich stichhaltiger Gründe auf seinem ablehnenden Standpunkt beharrt. Wir ersuchen daher alle Parteigenossen, Vereine und speziell die Arbeiterabfahrer, bei Ausflügen, Parteien obigen Ort streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 6. September, in den Gesamträumen der Berliner Bod.-Brauerei Volksfest. Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester (Dirigent: Max Fischer). Gesangsverein „Kreuzberger Harmonie“ (Chormeister: Botho Frank). Mitglieder des Arbeiter-Turnerbundes. Kinderspiele. Vorführung lebender Photographien. Großer Ball. Billetts im Vorverkauf 20 P., an der Kasse 30 P. Näheres siehe Inserat in der Sonntagsnummer. Da das Komitee weder Kosten noch Mühe gescheut hat, den Genossen nebst ihren Angehörigen ein gutes Programm zu bieten, hoffen wir auf einen guten Besuch. Das Komitee.

Friedrichshagen. Um eine frühere Aufstellung des „Vorwärts“ zu ermöglichen, hat der Wahlverein beschlossen, zum 1. Oktober d. J. eine eigene Expedition zu gründen. Es ist dadurch die Möglichkeit gegeben, die Zeitung morgens zu dem Zuge 5.30 Uhr an der Bahn zu verteilen. Wir bitten die Leser dringend, zwecks Sammlung von Abonnenten sich in die in den Lokalen von H. Schmidt, Wilhelmstraße 63, A. Jachow, Seestr. 11, F. Wierhing, Kasanienallee 16, A. Singuhr, Seestr. 96 und Verchs Bürgerhäuser (Mundteil), Friedrichstraße ausliegenden Listen baldmöglichst einzuzichnen, da hierdurch der Kommission viel Arbeit erspart wird. Die Zeitungskommission.

Potsdam. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Rademithin, Kaiser-Wilhelm-Straße: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: Aufnahmen. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Hierzu sind auch die Frauen ganz besonders eingeladen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Kinder und Automobile.

Der Präsident des mitteleuropäischen Motorwagenvereins, Generalmajor z. D. Weder in Charlottenburg, kommt in einer kürzlich herausgegebenen Schrift: „Ueber Automobile in Deutschland in den Jahren 1906 und 1907“ unter anderem auch auf die Frage „Kinder und Automobile“ zu sprechen und äußert sich hierüber wie folgt: „Bei dem Durchfahren geschlossener Städte, wo die vielfach nur engen Haushöfe auch Spielplätze sind, kommen die Kinder, einander nachjagend, oft blindlings durch die Lormwege auf die Straße geschossen und sind vor dem Wagen, ehe man sich's versteht. Bei der Entwidlung des modernen Verkehrs sind die Straßendämme keine Spielplätze mehr, und Kinder sollten niemals unbeaufsichtigt auf ihnen herumtollen. Den Eltern und Schullehrern erwächst die Pflicht, das Unzulässige und Gefährliche des Straßenverkehrs den Automobilen und ihren Insassen gegenüber der Jugend klar zu machen und durch Ermahnungen und geeignete Strafenwirkungen einen wohlgezogenen Nachwuchs heranzubilden.“

Wäre es nicht einfacher und zweckmäßiger zur Verhütung von Unglücksfällen, wenn die Automobilisten strenger angehalten würden, auch beim Passieren durch kleinere Ortschaften ihr rasendes Tempo mehr zu mäßigen und die kurze Straße wirklich langsam, etwa wie man geht, zu fahren, wo andere Führer auch nur schrittweise fahren dürfen. Das paßt aber den Herren Kutlern nicht. Deshalb erklärt der Herr Generalmajor z. D. einfach: „Straßendämme sind keine Spielplätze. Also weil vielleicht einmal ein Kutler durch die Straße rasen kann, sind die Straßendämme keine Spielplätze mehr, und dürfen die Kinder niemals unbeaufsichtigt auf ihnen herumtollen“. Ja, andere Spielplätze haben aber die Kinder in den meisten Fällen für ihr Herumtummeln nicht (und Sport will man ja eifrig fördern); geben ihnen denn die Herren Kutler andere Spielplätze und stellen sie etwa die nötigen Aufsichtspersonen an? O nein, daran denken sie nicht. „Den Eltern und Schullehrern erwächst die Pflicht, das Unzulässige und Gefährliche des Straßenverkehrs den Automobilen und ihren Insassen gegenüber der Jugend klar zu machen“ usw. Umgekehrt dürfte es eher stimmen. Denn vorläufig steht die Benutzung der Straßen zunächst den Ortsbewohnern zu und nicht in erster Linie jedem zbeliebigen Kutler, und die Kutler sind es, die oft einen unzulässigen und gefährlichen Straßenverkehr treiben, wenn sie plötzlich durch die nicht abnehmenden Kinder hindurchfahren. Gegen sie sollten, wenn Ermahnungen bei ihnen wenig nützen, dann empfindliche Strafenwirkungen angewendet werden. Wenn die Herren Kutler so sich selbst bis in die höchsten Kreise hinein einen wohlgezogenen Nachwuchs heranbilden, dann werden gewiß die durch sie angerichteten Unglücksfälle abnehmen, und ein wohlgezogener Kutlernachwuchs herangebildet werden. Dann wird es auch nicht mehr vorkommen, daß erschreckte und erbiterte Landleute einem Auto Steine oder Schmutz nachwerfen. Aber freilich bequemere ist es, den Eltern und Lehrern zuzumuten, jedes Spiel und jede freie Bewegung der Kinder auf der Straße zu verhindern; sie haben ja auch weiter nichts zu tun, haben so schönen Verdienst und bekommen so schöne Lernetzungszulagen. Also sollen sie fleißig durch Ermahnungen und geeignete Strafenwirkungen mit dem Stode den Dorfknachwuchs anhalten, hübsch ruhig und vorsichtig über die Straße zu gehen und sich fleißig umzuschauen, ob etwa ein Automobil angerast kommt und dann bescheiden und kramm an die Seite zu treten, die Hände an der Hofeimat.

Dann dürfen sie auch „Hoch“ und „Hurra“ schreien.

Ueber die Erkrankung zahlreicher Schwestern im Birchow-Krankenhaus hat die sozialdemokratische Fraktion beschlossen, den Magistrat zu interpellieren.

Es werden über diesen Vorfall die schlimmsten Nachrichten verbreitet, die geeignet sind, große Beunruhigung hervorzurufen.

Der Kriminalschaffmann Hartwig, der im zweiten Berliner Wahlkreis sich als Mitglied des Wahlvereins aufnahm, ließ, wohnt nicht, wie gestern mitgeteilt wurde, Dunderstr. 12, sondern Nr. 9, eine Treppe. Er beteiligte sich bekanntlich auch an der letzten Wahlrechtsdemonstration und freute sich, wie nachgetragen sei, daß sein Bezirksgeschäft bei der Gelegenheit von der Polizei geschlagen wurde.

Bezugnehmend auf die obige Mitteilung bittet uns Genosse Ch. Hartwig, Graven, zurzeit in Treptow bei Berlin, Neue Krug-Allee 62, II wohnhaft, festzustellen, daß er mit dem oben genannten Hartwig nicht identisch ist, und zwar um deswillen, weil er gleichfalls im zweiten Wahlkreis organisiert ist.

Mugdanerische Kommunalpolitik.

Für die Stadtverordnetenwahl im fünften Wahlbezirk zweiter Abteilung hat am Montag eine nichtöffentliche Versammlung liberaler Wähler den Reichstagsabgeordneten

Dr. Mugdan als Kandidaten aufgestellt. Reichstagsabgeordneter Biemer hielt ihm eine Einführungrede, in der er ihn pries als einen „Anhänger gesunder, verständiger, sozialer Reformen“, einen „Mann des politischen, kommunalen und sozialen Fortschritts“, einen „wahrhaft liberalen Mann“, der „nicht ein Schleppträger der Sozialdemokratie“ sei. Sodann setzte Dr. Mugdan selber auseinander, warum man jüst ihn ins Rathaus hineinbringen wolle und wie er sich dort zu betätigen beabsichtige.

Herr Mugdan soll und will „in der Stadtverordnetenversammlung genau so liberal auftreten wie im Reichstage“. Das läßt sich denken, und wir glauben's ihm im voraus. Das „bisherige Liberalismus“, das in Deutschland zutage treten könne, dürfe frei — so sagte er — sich nur in den Kommunen entfalten. Der Liberalismus zeige sich schon in der Art der Besteuerung, in der auch die soziale Fürsorge sich zuerst ausdrücke. Herr Mugdan empfahl sich als einen Gegner aller Steuern, die die untersten Klassen und den Mittelstand hart treffen. Die Gewerbesteuer müsse so geändert werden, daß sie den Forderungen der Gerechtigkeit entspreche. Von anderen Steuern redete er nicht. Als ihm in der Diskussion die Frage vorgelegt wurde, wie er denn über die Wertzuwachssteuer denke, antwortete er, er stehe dieser Steuer außerordentlich feil gegenüber, zu den gerechten könne er sie nicht zählen, das Geschrei über das Hausagariertum sei übertrieben. Man sieht, in welchem Punkte die „soziale Fürsorge“ des „wahrhaft liberalen“ Mannes „sich zuerst ausdrückt“. In seinem Vortrage äußerte Herr Mugdan sich auch über den Regiebetrieb der Stadt, der nicht zu weit gehen dürfe und ihm in manchem schon jetzt zu weit geht, über die Straßenbahnen, deren Uebernahme durch die Stadt ihm noch lange nicht als ein so außerordentliches Glück erscheinen würde. Dann kam er zu den „sozialen Fragen“. Kurz und bündig erklärte er, hier sei sein Standpunkt derselbe, den er im Reichstage immer einnehme. Mehr sagte er nicht, aber das genügt auch. Der zweite Teil seiner Rede war eine Rogbalgerei mit den „Sozialfortschrittler“ und der „Demokratischen Vereinigung“. In der letzten Versammlung der „Sozialfortschrittler“ hatte Dr. Borch Herrn Mugdan die „Verkörperung aller reaktionären Eigenschaften des heruntergekommenen Freilins“ genannt. Mugdan nahm diese Kennzeichnung hin als eine — Anerkennung seiner Verdienste um die Politik, die der Freilins geführt hat. Er schloß mit dem Versprechen, daß er die Sozialdemokratie, die nur den sozialen Frieden störe, auch im Rathhause aufs heftigste bekämpfen werde.

In der Diskussion wurde er, wie schon gesagt, von einem Neugierigen genötigt, sich über die Wertzuwachssteuer zu äußern. Verfragt wurde er ferner, ob er Lieferungen für die Stadt auch an Stadtverordnete vergeben wissen wolle. Er antwortete, auch in diesem Punkt mache er der Sozialdemokratie keine Konzessionen, er sehe nicht ein, warum man Stadtverordnete von den Lieferungen ausschließen solle. Ein anderer Neugieriger wünschte zu wissen, ob Mugdan eine Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung für empfehlenswert halte. Mugdan gab die Auskunft, zwar habe die Stadtverordnetenversammlung hierüber nicht zu beschließen, er wolle aber offen erklären, daß er das Reichstagswahlrecht für die Kommunalwahlen nicht wünsche. Niemals dürfe, so fügte er hinzu, unsere gute Stadt Berlin unter die Herrschaft der Sozialdemokratie kommen, wie es bei einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht zu erwarten sei. So war's richtig. Herr Mugdan! Selbst in den Kommunen laßt das „bisherige Liberalismus“ nur dann noch „sich frei entfalten“, wenn in ihnen die Entrechtung der breiten Masse des Volkes bestehen bleibt und der werksätigen Bevölkerung weder ein allgemeines noch ein gleiches Kommunalwahlrecht gewährt wird.

Das ist der Standpunkt eines „Mannes des politischen, kommunalen und sozialen Fortschritts“, das ist das kommunale Programm eines „wahrhaft liberalen Mannes“, das ist echt mugdanerische Kommunalpolitik! Nach diesen Bekennnissen einer schönen Freilinsfeier, die in ihrer Wirkung auch durch ein Schlusswort des Stadtverordneten Cassel nicht abgeschwächt werden konnten, erhob die Versammlung liberaler Wähler Herrn Mugdan mit 123 gegen 2 Stimmen auf den Schild, wie er's verdiente.

Eine grobe Rücksichtslosigkeit hat sich die Leitung der städtischen Wasserwerke zu schulden kommen lassen. In der Jorasalemer und Lindenstraße werden gegenwärtig Leitungsröhren verlegt. Es wurde deshalb eine Absperrung des Wassers zeitweise für nötig gehalten und den Interessenten vorher angekündigt. Da in der Gegend zahlreiche industrielle Etablissements vorhanden sind, die eine auch nur zeitweise Wasserabsperrung äußerst störend empfinden, herrscht über diese Maßnahme der Wasserwertverwaltung bei den Interessenten eine unferes Frachens ganz berechtigte Empörung. Es wird die Frage aufgeworfen, warum solche Arbeiten nicht nachts ausgeführt werden. Die städtische Verwaltung ist doch nicht dazu da, die Bürger zu schädigen. Wie fühlbar diese Schädigung ist, geht aus folgendem hervor: Der graphischen Anstalt von Labisch, Lindenstr. 69, wurde mitgeteilt, daß am Dienstag nachmittag das Wasser abgsperrt werde. Da diese Anstalt viel mit fließendem Wasser arbeiten muß, war der Firmeninhaber genötigt, die Hälfte seiner Leute nach Hause zu schicken. Später stellte es sich heraus, daß die Absperrung gar nicht erfolgte, sondern erst am anderen Tage vorgenommen werden soll. Aus diesem Grunde muß noch einmal eine Betriebs Einschränkung erfolgen, die natürlich wiederum mit einer Schädigung des Firmeninhabers wie der Arbeiter verbunden ist. Auch eine Anzahl anderer Beschäftigte sind durch diese Maßnahme mehr oder minder materiell getroffen worden. Wer ersetzt ihnen den Schaden?

Eine viertelstündige Störung im Hochbahnverkehr fand gestern morgen gegen 8 Uhr statt. Kurz vor dem Bahnhof Rollendockplatz brante bei einem nach dorthin verkehrenden Zuge die Sicherung durch. Infolgedessen gelang es dem Train nur schwer die Rampe zu der obengenannten Station zu erklimmen. Die Wagen wurden an einen Pevzug angepöppelt und dann die Fahrt fortgesetzt. Die an und für sich unbedeutende Betriebsstörung war insofern fatal, als der Zug zum größten Teil mit jungen Leuten besetzt war, die ins Geschäft fuhren. Viele derselben ließen sich von dem diensttuenden Beamten die Verzögerung bescheinigen, um dem Chef den „Entschuldigungszettel“ vorzulegen.

Die Spürerätigkeit der Polizei wird durch folgendes Vorkommnis wieder einmal illustriert. Der Gesetzte der Reserve, der Dreher L. erhielt kürzlich vom Bezirkskommando Schöneberg die Mitteilung, daß er durch Abteilungsbesehl von der Liste der Interoffiziers-Aspiranten gestrichen sei. Auf seine Anträge nach den Gründen wurde ihm die Antwort: „Da Sie eifriger Anhänger der Sozialdemokratie sind.“ Die Militärbehörde kann das nur durch die Polizei erfahren haben. Und die Polizei ist ja dazu da, nachzuspüren, welche Befimmung ein Staatsbürger betätigt. Wenn sie diese Zeit lieber verwenden wollte, den Einbrechern und Mördern nachzuspüren, wäre die Zeit besser verwandt.

Mit dem üblichen Bumbumtrara und den für die Geschäftswelt äußerst schädigenden Absperrungen ging die gestrige Verbsparrade vor sich.

Daß bei der Gelegenheit allerhand Mötoria getrieben wurde, versteht sich. So schreibt uns ein Leser:

„Als mittags das dritte Garderegiment von der Kaiserparade vom Tempelhofer Felde zurückkehrte und am Rotbuser Ufer entlang

marschierte, sah ich an deren Spitze zwei geschlossene Kolonnen marschieren; die eine, 50—60 Mann stark, hatte die Führung mit einer „Standarte“, die die Aufschrift trug: „Arbeitslosenverein 1908“. In einem zweiten Trupp — 30 bis 40 Mann stark — befand sich eine „Standarte“, die die Aufschrift: „Bemerkverein Süd-Ost“ trug. Die Gesellschaft marschierte an der Spitze des Musikkorps in geschlossenem Zuge in der Richtung nach der Kaserne des betreffenden Regiments nach der Brangelfstraße.“

Wahlrechtsdemonstrationen hätten es nicht sein dürfen, da wäre zweifellos dazwischen gehauen worden.

Aus dem Straßenverkehr. Ein tödlicher Straßenbahnunfall hat sich gestern abend gegen 1/8 Uhr in der Hofenheide zugegetragen. Dort wollte vor dem Hause Nr. 72 ein Radfahrer, der hinter einem Straßenbahnwagen fuhr, diesen überholen und bog auf die Schienen hinüber, ohne zu beachten, daß ihm auf diesen ein Zug der Straßenbahnlinie 7 (Richtung Rixdorf) entgegenkam. Der Radfahrer wurde umgestoßen und fiel so unglücklich, daß er unter den Schuttrahmen geriet. Mit Hilfe von Passanten wurde der Bahnwagen angehoben und der Verunglückte nach zwei Minuten aus seiner entsetzlichen Lage befreit. In bewußtlosem Zustande wurde der Schwerverletzte, dessen Personalien bisher nicht ermittelt werden konnten, nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt, wo er bald nach seiner Einlieferung verstarb. — Ein zweiter Straßenbahnunfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich am Montagnachmittag gegen 6 Uhr in der Gormannstraße. Dort ritt der Kutler Fritz Wulf, Luisenstraße 59 wohnhaft, auf einem Arbeitspferde; das Tier schaute plötzlich vor einem vorüberfahrenden Automobil, stieg lertzengerade empor und warf den Reiter ab. Der Kutler, der durch den Sturz bewußtlos wurde, kam so unglücklich unter das Pferd zu liegen, daß er durch Hufschläge des nicht zu bändigenden Tieres entsetzlich zugerichtet wurde. Als man den Unglücklichen aufhob, war das rechte Auge ausgelaufen und der Schädel total zertrümmert. Der von der Unfallstation in der Alten Schützenstraße hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod des Wulf feststellen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Wegen Arbeitslosigkeit Selbstmord verübt. Bittere Not hat den 54 Jahre alten Steinbruder Gustav Schmidt aus der Goethestraße 19 in den Tod getrieben. Sch. war seit einigen Wochen ohne Beschäftigung und er geriet schließlich in eine so bittere Not, daß er keinen anderen Ausweg mehr wählte, als sich das Leben zu nehmen. Der Unglückliche bereitete durch Erhängen seinem Dasein ein Ende.

Bei einem Selbstmordversuch völlig erblindet. Ein schreckliches Ende nahm ein Selbstmordversuch, den gestern nachmittag der 24jährige Steinseher Georg Journer aus der Kochhamstr. 12 verübte. Der junge Mensch verließ Berlin und begab sich nach dem Friedrichshagener Forst hinaus, wo er sich in der Nähe der Dalswayer Chaussee aus einer Droiwingepistole eine Kugel in die Schläfe jagte. Das Geschoh drang unmittelbar am rechten Auge ein und kam am anderen Auge wieder heraus. Beide Augen wurden durch den Schuß völlig zerstört. In heilagenstörtem Zustand wurde der Lebensmüde bald darauf von Spaziergängern aufgefunden. In einem Krankenwagen wurde er nach der königl. Klinik transportiert. Unglückliche Liebe ist angeblich das Motiv zu dem Selbstmordversuch, der einen so verhängnisvollen Ausgang nehmen sollte.

Verbrannt. In der Igl. Klinik ist gestern die Frau des Gastwirts Wehler aus dem benachbarten Golßen schweren Brandwunden erlegen. Frau W. hatte im Rangsaal ihres Etablissements bohnern wollen. Sie schüttete eine Mischung von Wachs und Terpentin auf den Fußboden und durch ein von einem Gast achtlos fortgeworfenes Streichholz wurde die gefährliche Masse plötzlich entzündet. Im nächsten Augenblick stand Frau W. zum Entsetzen der anwesenden Gäste in hellen Flammen. Sofort kürzten mehrere Männer hinzu und versuchten die Flammen zu ersticken. Ein Arbeitsstück nach dem anderen mußten sie der Kernsten vom Leibe herunterreißen. Ein Gast und auch der Chemann trugen bei dem Rettungswork ganz erhebliche Brandwunden davon. Frau W. hatte aber inzwischen so schwere Brandwunden am ganzen Körper erlitten, daß sie kurz nach ihrer Einlieferung in der Igl. Klinik starb.

Ein Dampfbagger gesunken. In der Oberhavel ist ein mächtiger Dampfbagger zum Sinken gebracht worden. Er hatte vermutlich ein Beck erhalten und sank immer tiefer unter. Da man die schadhafte Stelle nicht sofort ermitteln konnte, so war an seine Rettung nicht zu denken. Mit den Hebungversuchen des gesunkenen Fahrzeuges, das einen Wert von mehr als 400 000 M. repräsentiert, ist sofort begonnen worden.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 6 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Schreinerstraße 29 und gleichzeitig nach der Elbasser Straße 70 alarmiert. Hier stand ein Keller in Flammen und dort branten ein Wäschepind u. a. in einer Wohnung. Etwas später hatte die 3. Kompanie in der Königgräber Straße 115 zu tun, wo im Keller Holz, ein Behälter mit Linsenöl u. a. in Brand geraten waren. Der 1. Zug wurde nach dem Georgenkirchplatz 23/25 alarmiert. Dort war in einer Wohnung Feuer ausgekommen, wobei der Architekt Wagnig Brandwunden an der rechten Hand erlitten hatte, die ihm von Samaritern der Wehr verbunden wurden. Gleichzeitig mußte ein Brand gelöscht werden, der in einer Wohnung in der Poststr. 12 ausgekommen war. Der dritte Zug rückte nach der Brunnenstraße 83 aus, wo in einem Stalle Stroh u. a. brannte. Ein größerer Kellerbrand beschäftigte die Feuerwehr in der Liebenwalder Straße 47. Die Wehr war in großer Stärke zur Stelle und es gelang, die Flammen auf den Keller zu beschränken. Auf dem Hofe Oranienburger Straße 54 wurde der Inhalt eines Leerfasses u. a. ein Haub der Flammen. Ferner hatte die Feuerwehr noch in der Brangelfstraße 81, am Grünen Weg 124, in der Weihenburger Straße 83, Forster Straße 44 und anderen Stellen zu tun.

Arbeiter-Samariterkolonne. Besonderer Umstände halber findet die Übungsstunde nicht Donnerstag, sondern Montag, 7. September, für die 5. Abteilung in Rixdorf bei Thiel statt. Die Teilnehmer des Turnvereins werden besonders darauf hingewiesen.

Sonntagnachmittag: Zusammenkunft der Mitglieder im Dresdener Garten. Abends: Vortrag und Tanz.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Gegen das Geseh verübt eine Bekanntmachung des Magistrats, die er im Amtsblättchen veröffentlicht. Sie bezieht sich auf die Einschulung der Kinder und besagt, daß am 9. September nachmittags die Kinder, die der evangelischen oder der katholischen Volksschule zugeführt werden sollen, mit Impfschein und Taufschrein versehen, angemeldet werden müssen.

Wie kommt der Magistrat dazu, bei der Einschulung den Taufschein zu fordern. Weiß er nicht, daß er hierzu nicht berechtigt ist und daß nur die Geburtsurkunde maßgebend ist? Unkenntnis kann hier kaum vorliegen, denn unsere Genossen haben dem Magistrat bereits bei der Wahl der Mitglieder in die Schuldeputation — die übrigens bis heute noch nicht bestätigt sein soll — aufgefordert, bei Einschulungen gleichmäßig und dem Geseh entsprechend zu verfahren. Es ist nämlich nicht uninteressant, daß den Eltern gegenüber, die ihre Kinder den höheren Schulen zuführen, dem Geseh entsprechend verfahren wird, indem Impfschein und Geburtsurkunde gefordert wird.



**Warum hier gefehlt und dort ungefehlt?**  
 Kann der Magistrat hierüber eine Auskunft geben?  
 Bemerkenswert ist hier gleich zu werden, daß sich auch der Gemeindevorstand für Friedrichsfelde in seiner Bekanntmachung vom 26. August dergleichen Verfehlung schuldig macht. Auch ihm täte eine Belehrung not.

**Charlottenburg.**

Tot aufgefunden wurde Montag nachmittag der im 61. Lebensjahre stehende Tapezierergehilfe Hermann Laube in seiner Wohnung, Schillerstr. 100. Wie aus einem hinterlassenen Schreiben hervorgeht, hat sich L. am 20. August, nachmittags 4 Uhr, erhängt. Gram über den Tod seiner Frau sowie Zwistigkeiten im Hause, sollen die Ursache dieser Handlung sein.

**Weihensee.**

Die öffentliche Speiseanstalt ist mit dem 1. September eröffnet worden. Ein Probeessen und Befichtigung der Anstalt wurde vom Gemeindevorstand und der Gemeindevertretung am Tage vorher vorgenommen. Die Anstalt wird vollständig von der Gemeinde ausgehalten und hat mit irgend einem Wohltätigkeitsvereine nichts zu tun. Einige Damen aus der Bürgererschaft haben sich verpflichtet, Kontrolle auszuüben. Die Anstalt befindet sich in der Göttenstraße im ehemaligen Armenhause, das zu diesem Zweck vollständig ausgebaut und renoviert ist. Der Speisesaal ist getrennt für Männer und Frauen; es haben zugleich 50 Personen Platz. Geöffnet ist die Anstalt von 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr mittags und soll diese Zeit je nach dem Bedürfnis verlängert werden. Auch zu Abend soll die Anstalt später geöffnet sein. Die Preise bewegen sich in bescheidenen Grenzen. Für 30 Pfennig erhält man eine Suppe, Gemüse mit Fleisch und Kartoffeln, ohne Suppe kostet die gleiche Portion 20 Pfennig. Eine Tasse Kaffee 5 Pfennig, eine Butter- oder Schmalzkulle 4 Pfennig. Die Beteiligten am Probeessen sprachen sich über das Gebotene lobend aus und wünschten nur, daß auch weiterhin die Speisen in solch schmackhafter Weise verteilt werden. Geistige Getränke werden nicht ausgeteilt. Für die vielen gerade in der Nähe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist die Anstalt eine günstige Gelegenheit, ein billiges und schmackhaftes Mittag zu erhalten.

**Steglitz.**

Reiche Beute machten Diebe, die der Wohnung des Kaufmanns K. in der Schloßstraße 109 einen Besuch abstatteten, während der Bestohlene auf einige Tage außerhalb weilte. Neben zwei Duzend silberner Besteck, Buttermesser, Tortenheber, Aufschnittgabeln, Salatbesteck, Eß- und Kaffeelöffeln fielen den Dieben eine goldene Brosche, eine ebensolche Halskette und ein Kettenarmband in die Hände. Auch an einigen Herrenanzügen fanden die ungeladenen Gäste Gefallen und zur völligen Entpierung eigneten sie sich ferner Oberhemden, Taschentücher und sonstige Wäsche an.

**Friedenau.**

Das leidige Anhängen der Kinder an Wagen hat in Friedenau wieder ein Opfer gefordert. Als der Kutscher Johann Sator in Friedenau, Gehlerstr. 23, auf einem der Firma Max Drempe-Friedemann, Kaiser-Allee 113, gehörigen schwerbeladenen Kohlenwagen durch die Körnerstraße fuhr, versuchte der siebenjährige Sohn Richard des in der Fregestr. 56 wohnenden Beamten Friedrich Leige sich auf die Deichsel des Anhängewagens zu schwingen, kam dabei zu Fall und geriet unter die Räder des Wagens. Mit schweren inneren Verletzungen und einer stark blutenden Kopfwunde wurde er herabgezogen und sofort mittels Krankenwagens nach dem Schöneberger Krankenhaus in der Außensstraße gebracht, wo die Ärzte an seinem Aufkommen zweifeln. — Wie wir nachträglich erfahren, ist der Knabe seinen Verletzungen erlegen.

**Alt-Ostende.**

Die letzte Generalversammlung des Wahlvereins war auch von verschiedenen Frauen besucht. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1908 168, am 1. August 1908 141. Der Verlust der Mitglieder ist dadurch entstanden, daß die Wöhrsdorfer Genossinnen selbständig geworden und deswegen aus unserem Wahlverein ausgeschieden sind. Die Einnahme betrug 175,25 M., die Ausgabe 22,80 M., mithin bleibt ein Defizit von 47,57 M. Für die Landtagswahl wurden 42,05 M. eingenommen, 72,60 M. ausgegeben, es bleiben noch 30,55 M. zu deden. Die Zeitungspedition ergab einen Ueberschuß von 38,50 M., die „Vorwärts“-Beize von 184 auf 182 gesunken, was auf die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Genosse Wintelmann gab den Gemeindevertreterbericht, aus dem hervorging, daß vier Sitzungen im letzten Quartal stattgefunden haben. Aufgenommen wurden zwei Genossen und zwar Gustav Schulz, Arbeiter und Wilmh. Wäcker. Zum Schluß wurde auf die am 9. September im Lokale des Herrn Vohn, Grünauer Straße, stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht, in der Genossin Jette Ritzdorf über das Thema „Die Frauen und die Politik“ referieren wird.

**Aus der Frauenbewegung.**

**Versammlungen — Veranstaltungen.**

**Wählg.** 5. Wahlkreis! Am Donnerstag, den 3. September, abends pünktlich 9 Uhr, findet bei Rauch, Wöhrstr. 12, unser regelmäßiger Lesabend statt. — Der beabsichtigte besondere Lesabend für die 3.—7. Abteilung kann vor dem Parteitage nicht mehr eingerichtet werden. Die betreffenden Genossinnen werden gebeten, bis dahin den obigen zu besuchen.

Die Vertrauensperson.  
**Ritzdorf.** Mittwoch, den 2. September, in Thiel's Lokal, Vergstraße 151—152: öffentliche Versammlung für Frauen. Genossin Agnes Fahrwald referiert über das Thema: Pflichten und Rechte der Frau im Staatswesen. Ferner wird der Bericht der Vertrauensperson entgegengenommen. Die Frauen, welche den Ueberschuß in den Wahlverein noch nicht vollzogen haben, müssen dies schnellstens nachholen, ebenso werden neue Mitglieder aufgenommen. Der Einberufer.

**Vermischtes.**

**Vom Eisenbahnzug überannt.**

Wie aus Königsberg gemeldet wird, überfuhr Montag abend 10 Uhr ein Zug der Cranger Bahn an der Samitener Chaussee ein einspänniges Fuhrwerk mit drei Insassen, von denen zwei, der Schneidermeister Liedtke und der Kaufmann Buttikus, beide aus Königsberg, getötet wurden. Der dritte, ein Kaufmann Heymann aus Königsberg, wurde schwer verletzt. Der Wagen wurde zertrümmert und das Pferd getötet.

**Grasfeuer.**

Eine Feuersbrunst zerstörte einen Teil des hauptsächlich von Franzosen bewohnten Stadtviertels von New-Orleans. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Dollars.

**Sozialdemokratischer Vese- und Distrikterklub „Heinrich Heine“.**  
 Heute abend 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei Bolze, Rodenbergstr. 8: Sitzung.  
**Vese- und Distrikterklub „Züsch“.** Heute abend 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei Karl Schütz, Wöhringer Straße 59: Sitzung.  
**Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk NO.** Donnerstag, 3. September, abends 9 Uhr, in Bauruss Klubhaus, Landberger Straße 85: Vortrag. — **Bezirk Charlottenburg.** Freitag, 4. September, abends 9 Uhr, in den Charlottenburger Festhallen, Kaiser-Friedrich-Straße 24: Vortrag.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, vom 1. bis 7. Uhr Sonntag abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonntag abends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**J. G. 23.** Derartige Schulen finden Sie im Adreßbuch. — **Wäscherei.** Senden Sie sich an den Direktor der städtischen Handwerkerschule, Andreasstraße 1—3. — **H. B. 12.** 1. Wie können Ihnen über Erwerbsverhältnisse in dem angefragten Lande nichts sagen. 2. Ein Reisebüro dürfte Ihnen Auskunft geben. Vorher aber verständigen Sie sich mit Ihren Organisationen. — **Wette.** Wollen Sie Ihre Anfrage an das „Vollblatt“, Stettin, richten. — **S. 3.** Diese Frage kann Ihnen nur ein Arzt beantworten. — **H. B. 6.** Senden Sie sich an die Buchhandlung „Vorwärts“, N. 24 Hegelstr. 10. — **H. 7. 99.** Das ist unwahrscheinlich. — **H. B. 22.** In der Ausgabe von 1903, letzter Band, Seite 13/17. — **H. B.** Legen Sie den Bescheid einem Arzt vor. — **15. H. B.** Seit 1868. — **Fr. W. 3. 97.** Landesversicherungsanstalt Brandenburg. — **Kirchensteuer W. 3. 16a und B. 30.** Nicht von 1200 M., sondern bei einem Einkommen von 1500 bis 1650 M., also bei einem Steuerfuß von 21 M. Staatssteuer aufwärts, ist Kirchensteuer zu entrichten. Welche Konfession erheben für das laufende Steuerjahr in Berlin 20 Proz. vom Betrage der Staatssteuer. — **H. W. 1878.** 1. Er scheint ein Buch für 60 M. im Verlag von Reclam-Leipzig (Peter, „Das Aquarium“), 2. Geneve, Leitaden für Aquarien- und Terrarienfreunde, Berlin 1897. In jeder größeren Buchhandlung zu haben. — **Münze C.** Ihrer Beschreibung nach ist es ein schwedischer oder norwegischer Schilling (Skilling), geprägt unter Karl XIV. Johann, dem ehemaligen französischen Marschall Bernadotte.

**Witterungsübericht vom 1. September 1908, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer hohd mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. G. — 10° R.	Stationen	Barometer hohd mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. G. — 10° R.
Schwabm.	756	SW	5	bedekt	13	Haparanda	750	SW	1	Regen	9
Hamburg	753	SW	6	Regen	12	Petersburg	753	SW	1	wolkig	10
Berlin	757	SW	2	bedekt	12	Wien	751	SW	8	bedekt	14
Frankf. a. M.	755	SW	5	Regen	12	Helsinki	742	SW	6	Regen	11
München	750	SW	4	beiter	11	Paris	755	SW	2	wolkig	13
Wien	752	SW	1	beiter	12						

**Wetterprognose für Mittwoch, den 2. September 1908.**  
 Nimmlich kühl, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenschauern und sehr lebhaften südwestlichen Winden.  
 Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**  
 der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 31. 8.	seit 30. 8.	Wasserstand	am 31. 8.	seit 30. 8.
Remel, Elbe	190	+14	Saale, Großh.	126	+16
Bregel, Innerburg	-6	+4	Havel, Spandau	47	+2
Deichsel, Elbe	126	+2	Kathow	26	-2
Ober, Ratibor	135	+9	Spree, Spremberg	66	-0
Krossen	104	-0	Bechlow	79	-1
Frankfurt	106	-3	Weser, Minden	-37	-3
Barthe, Schrimm	46	-3	Winden	4	-4
Landberg	15	0	Rhein, Mainz	398	+4
Rehe, Nordamm	-9	-2	Raub	201	+4
Elbe, Litzmeritz	-56	-3	Röhr	213	+10
Dresden	-166	-8	Redar, Heilbronn	65	+9
Barby	71	+5	Rain, Bietheim	158	-8
Magdeburg	87	+7	Weser, Lier	69	+9

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — \*) Unterpegel.



# Warenhaus Hermann Tietz

Frankfurter Allee 109-111.

Diese Woche — soweit Vorrat reicht

## Grosser Extra-Verkauf:

# Wegen Umzugs in den Erweiterungsbau

kommen in allen Abteilungen Waren, welche nicht weiter geführt werden, zu bisher nicht gekannt

## billigen Preisen zum Verkauf

### Damen-Wäsche

<p>durchweg Damenhemden mit Besatz ... <b>90</b> Pf.</p> <p>Damenbeinkleider m. Stickerel ... <b>90</b> Pf.</p> <p>Damen-Jacken Dimitt. .... <b>90</b> Pf.</p>	<p>durchweg Damenhemden mit Spitze ..... <b>125</b></p> <p>Damenbeinkleider mit Stickerel ... <b>125</b></p> <p>Damenjacken Louisiana-look m. Lang. .... <b>125</b></p>	<p>durchweg Damenhemden m. Stickerel-Einsätzen <b>165</b></p> <p>Damenbeinkleider Kniefasson ... <b>165</b></p> <p>Damenjacken Klügerbarchend .... <b>165</b></p>	<p>Damenhemden elegant garniert ... <b>190</b></p> <p>Damenbeinkleider m. breit Stickerel <b>190</b></p> <p>Damenjacken halbrad, mit Einsatz . <b>190</b></p>
--	---	---	---

### Schürzen

<p>Ein grosser Posten Damenhemden mit Besatz ..... <b>75</b> Pf.</p> <p>Untertaillen mit Stickerel ..... <b>75</b> Pf.</p>	<p>Hausschürzen mit Volant und Tasche .... <b>75</b> Pf.</p> <p>Tändelschürzen gestreift, mit Batist-Eins. <b>45</b> Pf.</p> <p>Kinderschürzen 4 Grössen ..... <b>45</b> Pf.</p>
--	--

### Wäsche-Garnitur

<p>Taghemden mit Stickerel ..... <b>145</b></p> <p>Kniebeinkleider dazu passend ..... <b>125</b></p>	<p>aus Zwirn und in Imitt. Schwed. Mousquetiereform.schw. weiss u. farb. <b>85</b> Pf. <b>135</b></p> <p>in Glacé, Lammlid. u. in Schwed. Leder <b>95</b> Pf. <b>150</b></p>
--	--

### Handschuhe

<p>Ein Post. Halbhandschuhe 1a. Zwirn und Flor <b>18, 30, 55</b> Pf.</p> <p>Lange Lederhandschuhe Schwed. Leder, schwarz u. farb. <b>195</b> <b>245</b></p>	<p>Ein Post. lange Handschuhe <b>85</b> Pf. <b>135</b></p> <p>Restbestände kurzer Stoffhand-schuhe ..... <b>18, 40, 75</b> Pf.</p> <p>Lederhandschuhe <b>95</b> Pf. <b>150</b></p>
---	--

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.